



Evangelische Verantwortung



Zum Papstbesuch: Der Papst und die Menschenrechte

Günter Nooke *Seite 3*

Kirche und Fortschritt

Thomas Rachel MdB *Seite 7*

10
13
17

Jürgen Moltmann: Die Erde bebauen und bewahren
Eckhard Nagel: Aktuelle Fragen der Organspende
Aus unserer Arbeit

Liebe Leserin, lieber Leser,



Als evangelische Christinnen und Christen in den beiden Unionsparteien freuen wir uns zusammen mit unseren katholischen Geschwistern auf den Deutschlandbesuch des Papstes.

Fidel Castro herzliche Geburtstagsgrüße mit Lob für die „Errungenschaften des sozialistischen Kuba“ und für sein „kampfgefülltes Leben“. Es ist empörend, wenn die Linke die Würde der Maueropfer bis heute mit Füßen tritt, in ihren Reihen von der „Alternativlosigkeit“ des Mauerbaus faselt oder im linksradikalen Blatt „**Junge Welt**“ sogar für den Mauerbau gedankt wird („Wir sagen an dieser Stelle einfach mal: Danke – für 28 Jahre Friedenssicherung in Europa...“).

Vor diesem Hintergrund ist es keineswegs besonders glaubwürdig, wenn die einschlägig bekannten zivilgesellschaftlichen Akteure und Meinungsmacher - ganz im Gegensatz zum engagierten Kampf gegen den Rechtsextremismus – in Bezug auf die notwendige Erinnerung der historischen Verbrechen oder auf aktuelle verfassungsfeindliche Tendenzen beim Linksextremismus oft vergleichsweise wenig bis gar nichts zu sagen wissen. Wo bleibt der Aufschrei oder die Empörung gegen menschenverachtendes Gedankengut der extremen Linken? Wer erinnert noch an die unzähligen Opfer der Staatssicherheit der ehemaligen DDR oder der politisch Verfolgten und Drangsalieren? Wer bewahrt schließlich das Andenken und die Namen der Abermillionen von Toten des Stalinismus und Maoismus des 20. Jahrhunderts?

es ist ein Skandal, wenn sich die Vertreter der heutigen **Linkspartei**, also der direkten Nachfolgepartei der alten SED, 22 Jahre nach dem Total-Bankrott des DDR-Unrechtregimes und **50 Jahre nach dem Mauerbau** in frecher Weise hinstellen, um Sozialismus und Kommunismus zu verklären und schönzureden. Damit werden die diktatorischen und freiheitsverachtenden Verhältnisse in der ehemaligen DDR im Nachhinein beschönigt und verharmlost.

Für **Gesine Lötzsch** von der Linken ist das alles offensichtlich kein Problem: Sie träumt – ohne jede Gewissenskrupel – weiterhin von „Wegen zum Kommunismus“ und schickt einem Diktator wie

Die **Berliner Mauer** ist ein mahnendes geschichtliches Symbol für diese schweren Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die im Namen des Sozialismus im letzten Jahrhundert auf millionenfache Weise verübt worden sind. Der 50. Jahrestag des Baus dieses Schandmales ruft uns dazu auf, uns auch heutzutage immer wieder aktiv für die Errungenschaften von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit und gegen jede Art von Totalitarismus einzusetzen. Die Erinnerung an dieses Unrecht muss uns als wichtige Lehre aus der deutschen Geschichte immer im Bewusstsein bleiben. Vor allem aber auch den unzähligen Mauertoten und Gewaltopfern sowie deren Angehörigen gilt unser Mitgefühl und unser bleibendes Angedenken.

In unserem Land werden leider bisweilen immer wieder Stimmen laut, die weder das geringste Gespür noch die mindeste Achtung vor den uns doch so mannigfaltig prägenden **christlichen Werte- und Kulturtraditionen** haben. Der kürzliche Aufruf des ehemaligen Kanzleramtsministers und **SPD-Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz, die Papstrede im Deutschen Bundestag zu boykottieren**, belegt, in welchem erschreckendem Maße kirchen- und christentumsfeindliche Tendenzen an Raum gewinnen. Es ist eine Schande, wenn in den Reihen der SPD eine solche Debatte überhaupt möglich ist, und das Oberhaupt des weltweiten Katholizismus dermaßen unflätig und unsachlich angegriffen werden kann. Die Unterstellung von Schwanitz, der Papst halte die „Mehrheit der Deutschen für verdammungswürdig“ und ihn der Mitschuld an „Unterdrückung, Ausbeutung und Stigmatisierung von Millionen Menschen“ zu bezichtigen, ist zutiefst ehrenrührig und niederträchtig. Auch mit der gebotenen Toleranz gegenüber Andersdenkenden und Andersgläubigen in einer offenen und freien, demokratischen Gesellschaft haben solche Haltungen ebenfalls nicht das Geringste zu tun.

Als evangelische Christinnen und Christen in den beiden Unionsparteien freuen wir uns zusammen mit unseren katholischen Geschwistern auf den kommenden Deutschlandbesuch des Papstes und hoffen, dass von diesem starke **Impulse für die Ökumene** sowie ein sichtbares Zeichen für die segensvolle Gegenwart der Kirchen in unserem Land ausgehen mögen.

Gottes Segen!

Thomas Rachel MdB

Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

Inhaltsübersicht

- 3 Zwischen Universalitätsanspruch und Kulturrelativismus
- 7 Kirche und Fortschritt – Ein segensreiches Spannungsfeld?

- 10 Die Erde bebauen und bewahren
- 13 Aktuelle Fragen der Organspende
- 17 Aus unserer Arbeit



Zwischen Universalitätsanspruch und Kulturrelativismus

Der Papst und die Menschenrechte

| Günter Nooke

Der „Papst“ und die „Menschenrechte“ üben eine unvergleichliche Faszination aus. Auf den ersten Blick – insbesondere in Deutschland – ist der Papst umstrittener als die Idee der Menschenrechte. Auf den zweiten Blick – insbesondere aus globaler Perspektive – ist es eher umgekehrt.

Im größeren Teil der Welt, vor allem außerhalb des „christlichen Abendlandes“, erweckt bis heute die Idee universal geltender Menschenrechte, der Gedanke, es gäbe für alle Menschen von Geburt an unveräußerliche und gleiche Rechte, mehr Unverständnis, als die Existenz und Autorität eines religiösen und zugleich weltlichen Kirchenoberhauptes.

Auch die Verbindung von Katholischer Kirche und der Anerkennung universal geltender Menschenrechte hat eine lange, konfliktreiche Geschichte. Erst mit

der Enzyklika „Pacem in terris“ von Papst Johannes XXIII. wurden 1963 Menschenrechte explizit gewürdigt und mit der Erklärung des Zweiten Vatikanischen Konzils „Dignitatis humanae“ von 1965 kam es zur Anerkennung der Religionsfreiheit. Das ist auch völlig verständlich. Denn wie kann man an die Allmacht Gottes glauben und allein auf sie vertrauen, wenn gleichzeitig von Menschen gesetzte Wertmaßstäbe wie die Menschenrechte universale Gültigkeit beanspruchen.

Auch mit dem Reformator Martin Luther entstanden nicht die Menschenrechte, sondern nur die „Freiheit eines Christenmenschen“ und eine neue Öffnung in die noch mittelalterlich geprägte Welt. Dies führte zuerst zu vielfacher Gewaltanwendung und Vertreibung, bald nach der Reformation aber – und dann wohl zuerst in Nordamerika, wie Hans

Joas zeigt¹, – zur Entstehung und Anerkennung des Rechtes eines jeden Einzelnen, seinen Glauben frei zu leben. Diejenigen, die auf Grund von Glaubenskriegen die alte Welt Europa verlassen hatten, mussten in der neuen Welt Amerika feststellen, dass sie denen, die nach ihnen kamen, nicht dauerhaft das Siedlungsrecht verwehren konnten. Denn dann hätten sie genauso gehandelt wie jene in Europa, die sie wegen ihrer besonderen Art zu glauben, ausgeschlossen und vertrieben hatten. Religionsfreiheit ist nicht nur ein besonderes, sondern in diesem Sinne auch das erste Menschenrecht.

Noch konfuser mag die Sache mit den Menschenrechten demjenigen erscheinen, der weiß, was Glaubens- und Religionsfreiheit meint. Im Artikel 17 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es: „Jeder hat das Recht auf

Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.“

Das beinhaltet auch die Freiheit von Menschen, sich in solchen Gemeinschaften zusammenschließen und miteinander zu leben, die nicht durch individuelle Freiheitsrechte, die schlechthin kennzeichnend für Menschenrechte sind, sondern durch den kollektiven Glauben an einen Gott, an eine absolute Wahrheit geprägt sind.

Von den zwei trivialen Auswegen aus diesem Dilemma, die leider selbst von intelligenten Menschen oft und zu schnell genutzt werden, soll hier nicht länger die Rede sein. Der eine Ausweg erklärt Religion ganz einfach zur Privatsache. Das ist zwar ein schönes Postulat, nur steht es im eklatanten Widerspruch zu den existierenden Verhältnissen in der Welt und dem oben zitierten Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Nicht nur Religionsführer wie der Papst, sondern die meisten Gläubigen selbst, auch immer noch die Mehrheit der Christen und nicht etwa nur der Muslime, wissen um die öffentliche und sogar politische Dimension von Religion.

Der andere Ausweg versucht das Problem „Religion“ mit der Säkularisierungstheorie in dem Sinne zu entsorgen, dass sie dabei zunehmend ihren transzendenten Kern verliert. Am Ende einer solchen Entwicklung kann es sein, dass Menschen als verständnislos angesehen werden, weil sie immer noch an die persönliche Begegnung mit ihrem transzendenten Gott glauben. Es ist ein Irrtum und wäre für das Überleben des Christentums fatal, wenn solche Menschen sich nur noch in charismatischen oder evangelikalischen Pfingstgemeinden zusammenfänden und in den christlichen Gemeinden der institutionalisierten Kirchen die solcherart säkularisierten, um den eigentlichen Glauben entkernten Christen den Ton angäben. Wenn Glauben nicht mehr ist als ein bestimmtes Verständnis der eigenen Kulturgeschichte, dann verliert er für den einzelnen Menschen seine existentielle Bedeutung und kann in der Tat leichter unter dem Menschenrecht auf Meinungs- oder Wissenschaftsfreiheit behandelt werden.

Christsein ist einerseits etwas sehr Öffentliches.² Früher haben das gerade viele Ostdeutsche erfahren, wenn sozialistische Lehrer Kinder, die zur Christenlehre

und nicht zum Pionernachmittag gingen, aufforderten, sich unter dem Gelächter ihrer Klassenkameraden zu Jesus Christus zu bekennen. Heute spüren wir das in veränderter Form, wenn in Extremsituationen wie nach dem Terroranschlag auf das World Trade Center oder nach Amokläufen Vertreter staatlicher Institutionen dankbar sind für die bewährten Formen religiösen Innehaltens.

Christsein ist andererseits etwas sehr persönlich Existentielles. Über Heil und Auferstehung kann oft leichter in der liturgischen Form eines Gottesdienstes als in der Sprache wissenschaftlicher Theologie kommuniziert werden.

In Deutschland leben mehr als 40 Millionen Christen, fast gleich verteilt auf Katholiken und Protestanten, aber auch Juden und Muslime praktizieren ihren Glauben zu Recht öffentlich. Funktionierende Staaten brauchen so etwas wie einen gemeinsamen Kulturraum. Deutschland als europäisch gewach-

sene Kulturnation ist geprägt vom Christentum. So wie sich Sitten und Gebräuche in anderen Kulturräumen

meist auf Grund anderer religiöser Traditionen herausgebildet haben. Diese Religionen müssen weder monotheistisch, noch große Weltreligionen sein, sondern damit können auch – wie in Afrika – vielfältige Lokalreligionen gemeint sein. Ohne hier eine genauere Definition des Religionsbegriffes zu versuchen, scheint es unmittelbar einleuchtend, dass aber mehr gemeint sein muss, als eine bestimmte Anschauung der Welt, auf die sich eine kleine Gruppe von Menschen eben mal verständigen kann.

Überzeugte, praktizierende Christen bedrängt die Frage: Wie lebt man mit einer tiefreligiösen Überzeugung und letzten Wahrheiten in einer globalen Welt, die vor der eigenen Haustür anfangen kann, ohne dem Relativismus oder dem Fundamentalismus zu verfallen?

Die Antwort auf diese Frage ist ein zentrales Anliegen von Papst Benedikt XVI. Er bezieht sich bei diesem Kampf gegen die Extreme, Kulturrelativismus und Glaubens-

fundamentalismus, auf „die abendländische Dialektik von Christentum und Aufklärung“.³ Während wir in Europa eher von dem islamistischen Fundamentalismus und zunehmend auch von dem christlichen Erweckungssekten hören, nehmen wir die andere „Diktatur des Relativismus“⁴ als solche kaum wahr und demzufolge auch nicht ernst.

Dazu hat wesentlich – so meine Überzeugung – eine falsch verstandene Zentralerzählung der Aufklärung beigetragen. Die Ringparabel in Gotthold Ephraim Lessings „Nathan der Weise“ wird als pointierte Formulierung der Toleranzidee interpretiert. Aber das verdeckt m. E. die Kernaussage dieser Geschichte vom Miteinander von Juden, Christen und Muslimen.

Die Fabel, die ähnlich schon im 14. Jahrhundert in *Il Decamerone* von Boccaccio erzählt wurde, geht so: In einem alten Geschlecht existiert ein Ring, der die Eigenschaft besitzt, seinen jeweiligen Besitzer bei Gott und den Menschen beliebt zu machen. Der Vater vererbt den Ring mit der Wunderkraft jeweils an seinen liebsten Sohn. Ein Vater hat nun drei Söhne, die ihm alle drei gleich lieb sind. Um keinen zu betrüben, lässt er zwei Duplikate anfertigen, die er selbst nicht mehr vom echten Ring zu unterscheiden vermag. Er gibt jedem der drei Söhne einen dieser drei Ringe. Kurz darauf stirbt der Vater und jeder von den drei Söhnen, ein jeder überzeugt, vom Vater persönlich den echten Ring erhalten zu haben, beginnt zu streiten, weil er die zwei anderen für Betrüger hält.

Da sich der Streit zwischen den Brüdern nicht entscheiden lässt, gehen sie zu einem Richter.

Und hier beginnt eine Interpretationsgeschichte, die weder dem Richter in der Parabel noch den drei hier gemeinten Religionen Judentum, Christentum und Islam, am ehesten noch Lessing gerecht wird.

Da das Bemühen der drei Söhne, sich bei Gott und Menschen angenehm zu machen, sich nicht recht manifestiert, kommt der Richter auf folgenden Gedanken: „Jeder liebt sich selber nur / Am meisten? – O so seid ihr alle drei / Betrogene Betrüger! Eure Ringe / Sind alle drei nicht echt. Der echte Ring / Vermutlich ging verloren. Den Verlust / Zu bergen, zu ersetzen, ließ der Vater / Die drei für einen machen.“⁵

So weit, so unvollständig und für uns moderne Menschen angenehm: Seid alle etwas tolerant, denn keine Religion ist ausgezeichnet vor der anderen. Selber Schuld, wer anderes glaubt, wer wirklich glaubt, und sich das Leben damit schwer macht.

Schon der evangelische Theologe Karl Barth machte auf diesen Punkt aufmerksam und schreibt dazu: „Aber der Richter ist – wie Lessing – nicht gesonnen, von dieser seiner kritischen, die Frage nach dem echten Ring einfach gegenstandslos machenden Ansicht praktisch Gebrauch

zu machen.“⁶ Die entscheidende Aussage der Parabel steckt nicht in der Vermutung, es existieren nur noch drei unechte Ringe. Der Richter hat diese Meinung gerade nicht mit einem Urteilspruch festgestellt!

Die wichtigste Botschaft der Ringparabel, ja das Skandalon, haben wir vergessen: Der echte Ring ging nicht verloren! Diese von vielen als eine Zumutung empfundene Botschaft ist trotz einer schrägen Interpretation dieser wirkungsmächtigen Aufklärungsparabel nicht verschwunden. Der wichtigste Satz der Fabel ist eine Tatsachenaussage Nathans in der Erzählung vom Vater: „Er sendet in geheim zu einem Künstler, / Bei dem er, nach dem Muster seines Ringes, / Zwei andere bestellt, und weder Kosten / Noch Mühe sparen heißt, sie jenem gleich, / Vollkommen gleich zu machen.“ Nur zwei Ringe wurden nachgemacht! Und: Der Vater hat gewollt, dass er selbst den echten Ring nicht mehr vom unechten zu unterscheiden vermochte.

Statt eines Spruches sagt der Richter den drei Söhnen: „Mein Rat ist aber der: ihr nehmt / Die Sache völlig, wie sie liegt. Hat von / Euch jeder seinen Ring von seinem Vater: / So glaube jeder sicher seinen Ring / Den echten. – ... Wohlan! / Es eifre jeder seiner unbestochenen, / Von Vorurteilen freien Liebe nach! / Es strebe von Euch jeder um die Wette, / Die Kraft des Steins in seinem Ring' an Tag / Zu legen! komme dieser Kraft mit Sanftmut, / Mit herzlicher Verträglichkeit, Wohltun, / Mit innigster Ergebenheit in Gott, / Zu Hülff!“

Die wichtigste Botschaft der Ringparabel, ja das Skandalon, haben wir vergessen: Der echte Ring ging nicht verloren!

Es ist eine faszinierende Geschichte, die Lessing da im „Nathan“ erzählt. Die darin formulierte Herausforderung an die Religionen wird unzulässig verflacht, wenn es statt Echtheit nur noch um Toleranz im Umgang miteinander geht. Wer das nicht wahrhaben will oder kann, wird vielen Missverständnissen begegnen und viel Unverständnis erzeugen. Einen Dialog der Religionen können im Grunde nur Gläubige führen; eine Moderation durch diejenigen, die ihren Glauben bereits verloren haben, führt in die Irre. Wer unmusikalisch ist, sollte kein Orchester dirigieren. Wir brauchen eine neue Ernsthaftigkeit in der öffentlichen Debatte und im streitvollen Miteinander der Religionen. Die Auseinandersetzung ist eine andere, wenn alle wissen: Der echte Ring ist im Spiel!

Lax gesprochen: Russisches Roulette entwickelt nur einen Reiz auf die Teilnehmer, wenn sie wissen: Die echte Patrone steckt wirklich im Revolver. Es geht ums Ganze, um Leben und Tod. Wer davon überzeugt ist, hört auf keine Einflüsterung von außen, dass dem nicht so sei.

So ähnlich müssen selbstbewusste Religionsvertreter empfinden, wenn ihnen andere, in ihrer Überzeugung Ungläubige, eine Geschichte der Aufklärung und Säkularisierung nahebringen wollen, an deren Ende der echte Ring und damit der Glaube an den einen Gott verschwunden ist. Aber so falsch muss Aufklärung und Säkularisierung nicht verstanden werden, wenn sich alle klar machen: Der echte Ring ging nicht verloren!

Aufklärung als Prozess fortschreitender Vernunftkenntnis kann auch so verstanden werden: In der vollen Überzeugung, im Besitz des echten Ringes zu sein, halten wir dennoch den anderen Menschen mit der ihm eigenen Würde für unantastbar, auch wenn er anders denkt, lebt und vor allem glaubt. Nur diese Art der Aufklärung wäre allen Religionen zumutbar.

Papst Benedikt XVI. betont „die Zusammengehörigkeit von Christentum und Aufklärung. Das Christentum habe sich von Anfang an als eine Religion des Logos verstanden und seine Vorläufer in der Aufklärung Griechenlands erblickt.“⁷ Dem Papst geht es um Glaube und Vernunft. Für Benedikt XVI. hat die neuzeitliche Aufklärung einen christlichen Ursprung und sei „nicht ohne Grund gerade und nur im Raum des christlichen Glaubens entstanden.“⁸ In seiner Regensburger Rede von 2006 wollte er nicht den Islam kritisieren und öffentliche Proteste hervorrufen, sondern eine wichtige Frage stellen: „Ist Gott für die muslimische Lehre absolut transzendent, sein Wille an keine unserer Kategorien gebunden, auch nicht an die der Vernünftigkeit? Ein solcher Gott ... könne seine Anhänger auch in Heilige Kriege schicken, obwohl Glaubensverbreitung durch Gewalt widersinnig ist, da der Glaube Frucht der Seele und nicht des Körpers ist.“⁹ Im Kern ist damit die Dialogfähigkeit der Religionen angesprochen. Gibt es von allen akzeptierte Regeln, die es erlauben, sich auf einen Prozess einzulassen, bei dem man sich des eigenen Verstandes bedient? Wir müssen verstehen lernen, wie groß die Versuchung, das abzulehnen, für diejenigen ist, die sich im Besitz des echten Ringes wähnen.

Einladung zur Festveranstaltung

20 Jahre EAK der CDU Thüringen

am 7. Oktober 2011, um 18:00 Uhr im Augustinerkloster in Erfurt

Festansprache

Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht MdL,

Stellvertretende Bundesvorsitzende des EAK der CDU/CSU

Wir bitten um Rückmeldung per E-Mail an: eak-thueringen@gmx.de oder per Fax an: (0361) 3449 225

EAK
Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Die christliche Begründung der Menschenwürde und der Menschenrechte bezieht sich vor allem auf die Gottebenbildlichkeit des Menschen.¹⁰ Menschenrechte tragen in sich einen Anspruch auf universale Geltung. Die Religionsneutralität unseres Verfassungsstaates und die Neutralität des Völkerrechts bezogen auf unterschiedliche Kulturen, Religionen und Traditionen verlangen eine begründungsoffene Formulierung der Menschenrechte. Die Entdeckung oder Entstehung der Menschenrechte im Kontext „westlicher“ Kultur spricht aber nicht prinzipiell gegen die Begründung ihrer universalen Geltung.

Einen interessanten Weg, wie Menschenrechte in die Weltgeschichte kamen, beschreibt Hans Joas. „Der Glaube an die universale Menschenwürde“ wird selbst zum „Ergebnis eines Prozesses der Sakralisierung“.¹¹ Aufbauend auf einer Denkfigur des Soziologen Emile Durkheim kommt es bei ihm zur Heiligsprechung der Menschenrechte. Statt von Gottes Heil auszugehen, läuft Geschichte auf die Sakralisierung der menschlichen Person hin. Entsteht hier eine neue Religion, in der der Mensch Gläubiger und Gott zugleich wird? Hieße das im Parabelbild: Die Geschichte beginnt zwar mit drei unechten Ringen, aber sie endet mit drei echten? Oder stünde am Ende dieser Wertegenerierung mit der „Sakralität der Person“ und der „Heiligsprechung der Menschenrechte“ eine neue Ersatzreligion, ein neuer „halbechter“ Ring für alle?

In der Ankündigung des neuesten Buchs von Joas heißt es: „Die Menschenrechte, so zeigt sich, sind eben nicht das Ergebnis eines bloßen Konsenses über ein universalistisches Prinzip, sondern entstammen einem langen kulturübergreifenden Gespräch über Werte. Ihre Geschichte setzt sich aus vielen Geschichten zusammen.“¹² Es gibt viele gute Gründe, mit Joas überzeugt zu sein: Wir können „unsere Bindung an Werte nicht plausibel machen und verteidigen [...], ohne Geschichten zu erzählen – Geschichten über Erfahrungen, aus denen unsere Bindungen erwachsen, oder über die Folge, die ein Verstoß gegen unsere Werte in der Vergangenheit hatte.“

Ohne Zweifel gehört die Ringparabel in Lessings „Nathan der Weise“ zu diesen Geschichten, wie die der nordamerikanischen Siedler bis zur rechtlichen Garantie der Religionsfreiheit in Philadelphia oder die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in der Generalversammlung der Vereinten Nationen in Paris 1948. Viele Christen, unter ihnen der Papst, Karl Barth und Hans Joas, würden wohl ergänzen:

Und zu diesen Geschichten gehört auch Gottes Geschichte mit seinem Volk Israel im Alten Testament und die Jesus-Erzählungen im Neuen Testament.

Vielleicht kann sogar schon der Rat des Richters als Aufforderung zu solch einem „kulturübergreifenden Gespräch über Werte“ verstanden werden, das sich im konkreten Zusammenleben bewähren muss. Nathan lässt den Richter sagen: „Und wenn sich denn der

Steine Kräfte / Bei euren Kinder-Kindeskindern äußern: / So lad' ich über tausend tausend Jahre, / Sie wiederum vor diesen Stuhl. Da wird / Ein weiserer Mann auf diesem Stuhle sitzen / Als ich; und sprechen.“

Wir alle wissen nicht, was in „tausend tausend Jahren“ sein wird.

Unser Einsatz für den Schutz elementarer Menschenrechte ist mehr als die Ausbildung einer Art „Weltethos“. Es mag sinnvoll sein, nach gemeinsamen Grundelementen und Traditionen in den unterschiedlichen Kulturen und Religionen zu suchen. Einfach ist es nicht, aus allen Religionen, nicht nur den Weltreligionen, ein ethisches Minimum herauszudestillieren. Für den Papst fehlt einem solchen Ethos die innere Verbindlichkeit und Autorität. Für ihn wäre es auch rational nicht einleuchtend. Ein Weltethos fehlten im Joasschen Sinne die konkreten Geschichten. Aber es geht dem Papst eben nicht nur um diese Geschichten.

Und auch Karl Barth kritisiert Lessings Theologie hinter der Ringparabel, weil Lessing das zentrale, lutherische Bibelverständnis als Offenbarung Gottes, das protestantische Schriftprinzip leugnet und stattdessen behauptet: „Die Geschichte ist die Offenbarung“.¹³

Ich bin sicher: Die Frage nach dem echten Ring aus der Parabel wird uns durch die Geschichte weiter begleiten. Die Tatsache, dass es ihn von Anfang an gibt, bestimmt die Art von Geschichten, die wir erleben und die wir weiter erzählen.

Mit den Menschenrechten sind wir in der Geschichte schon recht weit gekommen und haben bereits viel mehr erreicht als die Bekräftigung allgemeinen Respekts und unverbindlicher Sittlichkeit. Der Papst sieht im Bekenntnis zu den Menschenrechten auch „eine neue naturrechtliche Denkweise am Werk“.¹⁴ Ein sinnvolles Reden über Menschenrechte ist an die Gattung gebunden. Menschenaffen besitzen keine Menschenrechte.

Die Rettung der Idee der Menschenrechte¹⁵ hängt nach meiner tiefen Überzeugung nicht nur vom sogenannten Dialog der Kulturen ab. Vielmehr geht es um eine Selbstvergewisserung in der jeweiligen Kultur und Religion. Für uns ist

damit das Gespräch zwischen Christentum und säkularer Welt gemeint. Unser Beitrag als Christen muss beides umfassen: „Du sollst den Herrn, deinen Gott lieben“ und „du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ (Mt 22,37.39) Nur so bleibt es bei der doppelten Verantwortung vor Gott und den Menschen. Der Gedanke, sich auch vor dem Richterstuhl Gottes verantworten zu müssen, entspricht der Tatsache aus der Parabel: Der echte Ring ist im Spiel. Fast fünfhundert Jahre nach der Reformation gehört zum Gesprächsbeitrag der christlichen Konfessionen auch, inwiefern diese Tatsache des Sich-vor-Gott-verantworten-Müssens, uns Angst macht, oder Christi Tod und Auferstehung uns zum Leben befreit.

¹ Vgl. Hans Joas: *Die Sakralität der Person – Eine neue Genealogie der Menschenrechte*, Frankfurt geplantes Erscheinen Dez. 2011.

² Zum Weltbezug des Christseins siehe auch *Kirchenkonstitution des 2. Vaticanum „Lumen Gentium“* von 1964.

³ Heinz Theisen: *Hüter des Abendlandes, Plädoyer für eine kulturelle Selbstbesinnung*, in: *Die Politische Meinung*, Nr. 444 November 2006, Seite 53.

⁴ Ebd. S. 53.

⁵ Hier und im Folgenden zitiert nach: Gotthold Ephraim Lessing: *Nathan der Weise*, Reclam jun. Leipzig 1973.

⁶ Karl Barth: *Die protestantische Theologie im 19. Jahrhundert*, Berlin 1961, S. 229.

⁷ Theisen, 2006, S. 53.

⁸ Ebd. S. 53.

⁹ Ebd. S. 54.

¹⁰ Eberhard Jüngel: *Zur Verankerung der Menschenrechte im christlichen Glauben*, in: Günter Nooke, Georg Lohmann und Gerhard Wahlers (Hrsg.) *Gelten Menschenrechte universal?* Freiburg 2008, S. 172ff.

¹¹ Vgl. Hans Joas: *Die Sakralität der Person – Eine neue Genealogie der Menschenrechte*, Frankfurt geplantes Erscheinen Dez. 2011, http://www.suhrkamp.de/buecher/die_sakralitaet_der_person-hans_joas_58566.html, 19.05.2011.

¹² Joas, 2011, Ebd.

¹³ Barth, 1961, S. 235.

¹⁴ Theisen, 2006, S. 56.

¹⁵ Günter Nooke: *Universalität der Menschenrechte – Zur Rettung einer Idee*, in: Günter Nooke, Georg Lohmann und Gerhard Wahlers (Hrsg.), *Gelten Menschenrechte universal?* Freiburg 2008, S. 16–46.

Erstveröffentlichung dieses Artikels in: Politik und Religion. Der Papst in Deutschland (Buchbesprechung siehe Evangelisches Leserforum auf Seite 16)



Günter Nooke

ist Persönlicher G8-Afrika-Beauftragter der Bundeskanzlerin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Kirche und Fortschritt – Ein segensreiches Spannungsfeld?

| Thomas Rachel MdB

Spätestens seit der Neuzeit hat sich der Begriff des Fortschrittes zu einer zentralen Kategorie entwickelt, insbesondere natürlich in wissenschaftlich-technologischer Perspektive. Seit den bahnbrechenden Erfindungen der Moderne und seit dem atemberaubenden Siegeszug der sich seit der Zeit der Aufklärung endgültig etablierenden Naturwissenschaften steht das Wort „Fortschritt“ geradezu als Synonym für den Triumph und die innovative Schaffenskraft der universalen, menschlichen Vernunft. Entsprechend kann der französische Philosoph Blaise Pascal († 1662) angesichts der massiven Erweiterung der Wissens-, Erkenntnis- und Erfahrungshorizonte seiner Zeit von einem stetigen Fortschritt („*continuel progrès*“) der Menschheit sprechen. Und der um eine ganze Generation ältere Francis Bacon grenzte bereits den neuen empirischen Wissenschaftsbegriff gezielt von den überkommenen, universitären Traditionen der mittelalterlichen Scholastik ab: Die Wahrheit sah er nun nicht mehr zureichend in Gestalt der von der Kirche und Theologie vermittelten Wissensautoritäten verbürgt, sondern in Form des auf Empirie und Nachprüfbarkeit basierenden, wissenschaftlichen Erkenntnisstrebens der eigenen Epoche.¹ Dieses neue Wissenschaftsparadigma stand von seinen Ursprüngen her ganz bewusst sowohl im Zeichen einer veränderten Geisteshaltung als auch eines vor allem auf die Praxis ausgerichteten Weltbemächtigungstrebens.

Mit der Entstehung des Fortschritts- und Vernunftbegriffes der Moderne ging auch ein Emanzipationsprozess von langezeit dominanten kirchlich-theologischen Wissenstraditionen einher. Es gehört ebenso zum weiteren Verlauf der Wissenschaftsgeschichte, dass zahlreiche weitere geistesgeschichtliche Entwicklungen, man denke hier nur an die Auseinandersetzungen mit Darwinismus, Historismus oder Positivismus im 19. und 20. Jahrhundert, die Kluft bisweilen noch vergrößert haben dürften.

Man wird sich nichtsdestotrotz davor zu hüten haben, die Spannungen zwischen



Thomas Rachel gemeinsam mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Ralf Brauksiepe MdB und der Parlamentarischen Staatssekretärin Ursula Heinen-Esser MdB bei einem Besuch im Vatikan im Jahr 2010.

unserem modernen und weitestgehend von den Naturwissenschaften bestimmten Weltbild und dem theologischen Wahrheitsanspruch in ungebührlicher Weise überzubetonen. Es ist zwar richtig, dass sich in vielen Phasen der Geschichte zahlreiche Fortschrittsbewegungen, ob sie nun wissenschaftlich-technischer, politischer, gesellschaftlich-sozialer oder menschenrechtlicher Natur waren, in direktem Gegensatz zur verfassten Kirchlichkeit ihrer Zeit behaupten mussten. Aber genauso wenig ist es zu leugnen, dass es in mindestens vielen anderen Bereichen und Abschnitten der Geschichte die tiefen Prägungen und Wurzeln des abendländischen Christentums gewesen sind, die über weite Strecken die Geschehnisse Europas und des gesamten Westens positiv bestimmt haben und oftmals Impulsgeber für unzählige Fortschritte, Errungenschaften und Entwicklungen gewesen sind.

Unsere abendländische Bildungs- bzw. Wissenschaftsgeschichte wäre ohne Kirche und Theologie undenkbar. Die geistig-geistlichen Fundamente für viele der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Innovationen des Abendlandes wurden

über weite Strecken von den Kirchen entweder selbst gelegt oder von diesen über viele Jahrhunderte hindurch gepflegt und überliefert.

Erst durch die Verbindung von Antike und Christentum vollzog sich die eigentümliche und geschichtsmächtige Symbiose aus griechischem Denken und biblischem Geist, die zur Ablösung des heidnisch-zyklischen Geschichtsdenkens durch das lineare Geschichtsbewusstsein führte, das auch für die Moderne grundlegend werden sollte. Die klassischen Sprachen sowie das Erbe der Antike wären ohne die Bibliotheken und Skriptorien der Klöster untergegangen und Latein wäre niemals die „*lingua franca*“ Europas geworden. Das gesamte mittelalterliche Schul- und Universitätswesen sowie die Pflege von Wissenschaft und Künsten gründen in der kulturstiftenden und sittlichen Präsenz und Prägekraft des abendländischen Christentums. Auch die Reformation, eng mit dem Humanismus verbunden, war eine einzige große Bildungsbewegung: Sie legte u.a. den Grundstein für die moderne deutsche Hochsprache und war Pate des ersten öffentlichen Schulwesens in Deutschland.

Die Kirchen haben also – bei allen Wechselhaftigkeiten, Irrwegen oder Zweideutigkeiten der eigenen Geschichte – einen hohen und nicht zu leugnenden Anteil an der Gesamtentwicklung dieses besonderen Fortschrittsgedankens, der Europa und die westliche Zivilisation in mannigfacher Weise wissenschaftlich, kulturell und geistig zur weltgeschichtlichen Blüte gebracht hat.

Vor diesem Hintergrund mutet es umso befremdlicher an, wenn sich derzeit wieder vermehrt Stimmen in Wissenschaft, Gesellschaft und Politik zu Worte melden, die einen radikalen Gegensatz zwischen Kirche, Theologie und Christentum auf der einen und dem „Projekt der Moderne“ (Habermas) auf der anderen Seite konstruieren wollen. Veranschaulichen lässt sich solches zum Beispiel anhand der polemischen Pamphlete eines Richard Dawkins (mit den bezeichnenden Titeln „Der Gotteswahn“² oder „Die Schöpfungslüge“³), anhand des Phänomens des sogenannten „neuen Atheismus“⁴ und nicht zuletzt auch anhand der ideologischen Restbestände der sogenannten „wissenschaftlichen Weltanschauung des Marxismus-Leninismus“⁵, die so manche einschlägigen Geisteshaltungen, die teilweise bis zum heutigen Tage zu beobachten sind, mit verursacht haben dürfte.

Dabei ist erkenntnis- und wissenschaftstheoretisch auffallend, wie oft wenig reflektiert dieser sozusagen „vulgär-atheistische“ Fortschritts- und Vernunftbegriff von seinen eigenen Verfechtern gebraucht wird. Scheinbar ungebrochen nimmt man auf die Errungenschaften einer sich angeblich radikal von Kirche, Theologie und Christentum losgesagt habenden Moderne⁶ Bezug. Bereits die völlig einseitige Betonung des Differenzmomentes, ohne die geringste Würdigung des dazugehörigen Identitätsmomentes zeigt den gänzlich unhistorischen und ideologischen Charakter solcher Positionen.

Hinzu kommt, dass spätestens seit der Wende zum 19. Jahrhundert, auch der autonome Vernunftbegriff der philosophischen Aufklärung in vielfältigster Weise selbst in Begründungs- und Rechtfertigungsnöte geraten ist: Die Französische Revolution (1789), die im Namen der universalen menschlichen Vernunft ausgerufen wurde und die Grundwerte von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ auf ihre Fahnen geschrieben hatte, führte schon innerhalb kürzester Zeit

und zum Entsetzen vieler Zeitgenossen in eine bis dahin beispiellose Barbarei und Unmenschlichkeit. Auch die kühnsten Visionen von einer „Erziehung des Menschengeschlechtes“⁷ bzw. des Gedankens eines mit der fortschreitenden Emporbildung der Individuen gleichsam automatisch einhergehenden gesamtgesellschaftlichen Entwicklungs- und Vervollkommnungsprozesses wurden nach nur wenigen Jahren in den Katakomben zu Paris beerdigt.

Auch das Zeitalter der Industrialisierung, nun ganz und gar dem Gedanken des technischen Fortschritts verschrieben, sollte, neben seinen vielen großartigen und bahnbrechenden Erfindungen und Innovationen, auch

sehr bald seine ökologischen und ökonomischen Schattenseiten offenbaren: Neben der wachsenden Ausbeutung der natürlichen Lebensgrundlagen, die bis auf den heutigen Tag ununterbrochen anhält, kam es zur Verelendung, Verwahrlosung und Ausgrenzung weiter Bevölkerungsteile. Es ist in diesem Zusammenhang eine besonders bittere Ironie der Geschichte, dass aus den sich hieraus wiederum ergebenden, gesellschaftlichen und ideologischen Antagonismen im 20. Jahrhundert schließlich zwei menschenverachtende politische Totalitarismen erwachsen sollten, die das Gesicht Deutschlands, Europas und der Welt grundlegend verändert haben: Die eine der beiden entsprang dem sozial-darwinistischen und eugenischen Wahn und Verbrechertum einer

selbsternannten „arischen Herrenrasse“, die andere verschrieb sich dem Ideal der Erschaffung eines „Neuen Menschen“ in einem zukünftigen Sozialismus. Beide Ideologien – bewusst gottlos – betrachteten sich selbst – je auf ihre Weise – als Speerspitzen eines neuen Fortschritts- und Sendungsbewußtseins.

An diesen Beispielen wird deutlich, dass der Fortschrittsbegriff an und für sich eine äußerst ambivalente und schillernde Größe sein kann. Was meinen wir eigentlich damit, wenn wir heutzutage von Fortschritt sprechen?

Allgemein kann wohl festgehalten werden, dass der ursprünglich in der Aufklärung und der Moderne wurzelnde, positiv besetzte Fortschrittsbegriff – unbeschadet seiner wechselvollen inhaltlichen Konkretisierungen in Geschichte und Gegenwart – auch heutzutage noch viel Identifizierungs- und Orientierungspotential besitzt: Mit Fortschritt im wohlverstandenen Sinne verbinden wir gemeinhin die Hoffnung auf Verbesserung, auf Innovation, auf neue, lebensförderliche Entwicklungsperspektiven, auf vermehrten Wohlstand und eine insgesamt humanere und menschenwürdigere Zukunft.

Sobald das Thema „Fortschritt“ nun aber je und jetzt konkret wird, zeigt sich, wie sehr der Bedeutungsgehalt dieses Wortes variieren kann – je nach Ort, Zeit und Interessen der jeweiligen Autoren oder Trägergruppen: Bestimmte Fortschrittsideen bedeuten für die einen Aufbruch, Chance und Segen, für die anderen Fluch, Risiken und Gefahren. Gerade die aktuell wieder und intensiven politischen

Jetzt schon vormerken:

EAK
Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU



60-jähriges Jubiläum

des EAK der CDU/CSU am
Samstagvormittag, dem **17. März 2012**,
im Rahmen eines Festaktes mit
anschließendem Empfang in Siegen.

Veranstaltungsort: Siegerlandhalle, Koblenzer Str. 151, 57072 Siegen

Anmeldeunterlagen werden zeitnah in der Evangelischen Verantwortung für Sie angekündigt.

Diskussionen, beispielsweise um die Energiepolitik, um andere Zukunftstechnologien oder die Chancen und Risiken humanbiologischer und medizinischer Grundlagenforschungen, machen dies deutlich. Als unzulässig darf allerdings in jedem Fall gelten, den Begriff „Fortschritt“ allein auf seine technologisch-naturwissenschaftlichen Dimensionen zu reduzieren. Der Fortschrittsgedanke betrifft im Grunde genommen alle Lebensbereiche des Menschen und hat somit auch ganz dezidiert soziale, gesellschaftliche, politische, geistige, ethische und gesamt-kulturelle Dimensionen.

Bei dem gesellschaftlichen und politischen Ringen um die besten Ideen und Handlungskonzepte spielen die Kirchen eine wichtige Rolle: Sie sind jedoch in diesem Prozess, wie oft zu Recht betont wurde, nicht dazu da, selbst politisch zu gestalten und zu agieren. Immer dann, wenn Kirche und Theologie in der Geschichte der Versuchung erlegen sind, sich „über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde“⁴⁸

Der Fortschrittsgedanke betrifft im Grunde genommen alle Lebensbereiche des Menschen und hat somit auch ganz dezidiert soziale, gesellschaftliche, politische, geistige, ethische und gesamt-kulturelle Dimensionen.

anzueignen, war dies von großem Schaden, und zwar für den Staat, die Gesellschaft wie auch die Kirche selbst. Kirche und Theologie nehmen vielmehr dann ihre ureigenste Verantwortung für den Bereich der Politik wahr, wenn sie helfen, diese durch das Zeugnis ihrer Verkündigung zu ermöglichen. Ausschließlich in der Kraft des ihr anvertrauten Wortes wird Kirche somit zur orientierunggebenden Instanz und erfüllt ihren Auftrag.

Das bedeutet auch, dass Kirche durchaus ihr prophetisches Amt wahrzunehmen hat. Sie darf und muss Mahnerin und Hüterin sein, wenn es darum geht, gesellschaftliche oder politische Irrwege und Gefahren aufzuzeigen. Sie muss dabei allerdings darauf achten, dass sie dieses Amt nicht so ausübt, dass sie in einseitiger Weise selber Partei für bestimmte politische Vorstellungen ergreift und sei es nur, dass sie schon in den Verdacht gerät, dies zu tun oder zu beabsichtigen. Kirche und Theologie haben bei den Fragen der konkreten Ausgestaltung und Umsetzung von Politik – weder qua Amt noch Auftrag – irgendeinen exklusiven Erkenntnisvorsprung.

Es gibt schließlich keine einfache Überführung von Glaubenswahrheiten in Politik und Ethik, weder in Fragen der Energie-, der Wirtschafts-, der Sozial-, der Friedens-, der Asyl- noch der Bildungspolitik. Diese Maxime gilt für die Kirchen der

Reformation – ihrem ureigensten Selbstverständnis entsprechend – vielleicht in noch gesteigertem Maße: Denn der evangelische Abgeordnete ist in seinem Beruf als Politiker letztlich keinem hierarchischem Lehramte, keiner Synode und keinem Bischofswort verpflichtet, sondern allein seinem an das Wort der Heiligen Schrift gebundenen Gewissen. Daraus folgt aber auch umgekehrt: Die Gemeinschaft unter dem einen Wort und die Geschwisterschaft am Tische des Herrn darf niemals in fahrlässiger Weise an den Unterschiedlichkeiten ethischer oder parteipolitischer Überzeugungen, die notgedrungen immer vorläufig, zweideutig und unvollkommen sind, zerbrechen.

Kirche muss überall dort deutlich sprechen, wo es Zeit und Situation erfordern. Sie kann nicht schweigen, wenn es um elementare Fragen des Humanums und der gelebten Verantwortung vor Gott und den Menschen geht. Gerade wenn es um die wesentlichen Zukunftsperspektiven unseres Landes und unserer Gesellschaft geht, ist das rechte kirchliche Wort zu rechten Zeit⁹ nicht nur angebracht, sondern zwingend notwendig und geboten.

Als herausragende Beispiele für die segensreiche Verantwortung der Kirchen für den gesamtgesellschaftlichen Fortschrittsdiskurs sei hier nur beispielhaft auf die Bereiche Soziales, Ökologie und den Schutz der Menschenwürde verwiesen. Die beiden großen Kirchen in Deutschland haben sich seit 1945 in vorbildlichster Weise um die soziale Frage bemüht und leisten aufs Vielfältigste ihre spezifischen diakonisch-caritativen, seelsorgerlichen und pädagogischen Beiträge, ob nun in Kindertagesstätten, Krankenhäusern, Beratungsstellen oder Pflegeheimen. Indem Sie sich intensiv zu den ethischen Grundfragen unserer Gesellschaft äußern und uns für unsere Schöpfungsverantwortung sensibilisieren, sorgen sie mit dafür, dass bei den zentralen Zukunftsaufgaben der Blick für die unantastbare Würde des Menschen sowie das Leitbild einer solidarischen und gerechten Gesellschaft Grundlage und Maßstab bleiben können.

Eine verantwortliche und vernünftige Politik wird darum auch die mahnenden Worte Papst Benedikts XVI. aus seiner Regensburger Rede im Gedächtnis zu behalten haben, die tiefe abendländische Verbindung zwischen Glaube und Vernunft nicht aufzukündigen. Dass diese

Gefahr mehr und mehr besteht, unterliegt keinem Zweifel:

„Der Westen ist seit langem von dieser Abneigung gegen die grundlegenden Fragen seiner Vernunft bedroht und kann damit nur einen großen Schaden erleiden. Mut zur Weite der Vernunft, nicht Absage an ihre Größe – das ist das Programm, mit dem eine dem biblischen Glauben verpflichtete Theologie in den Disput der Gegenwart eintritt.“

Die wahre Weite der menschlichen Vernunft wird auch in künftigen Zeiten nur dort gewahrt sein, wo sie auch nach dem fragt, was sie selbst und ihr eigenes Vermögen übersteigt. Es gehört zu den Lernerfahrungen der deutschen und europäischen Geschichte, dass sie aus dieser eigentümlich abendländischen Spannung zwischen Glaube und Vernunft immer wieder vielfältigen Segen gezogen und damit Zukunft im Sinne eines wahren und nachhaltigen Fortschrittes gewonnen hat.

¹ Francis Bacon, *Novum Organum scientiarum* I, 84 Fo. 284.: „Veritas filia temporis (...) non auctoritatis“.

² Richard Dawkins, *Der Gotteswahn*, Ullstein 2008.

³ Richard Dawkins, *Die Schöpfungslüge: Warum Darwin Recht hat*, Ullstein 2010.

⁴ Vgl. hierzu: Andreas Finke, *Die ‚Giordano Bruno Stiftung‘ und der neue Atheismus*, in: *Zeitschrift für Religions- und Weltanschauungsfragen der EZW, Materialdienst Heft 10/2010 (73. Jahrgang)*, S. 374-381.

⁵ Hierzu wie auch zur kritischen Auseinandersetzung mit den Gedanken von Richard Dawkins sehr empfehlenswert: Richard Schröder, *Abschaffung der Religion – Wissenschaftlicher Fanatismus und die Folgen*, Herder 2008.

⁶ Es ist immer wieder darauf hinzuweisen, dass gerade die großen deutschen Aufklärungsphilosophen wie Leibniz, Lessing und Kant alles andere als Atheisten gewesen sind! *Der Atheismus ist zwar ein Kind der Moderne, aber die Moderne ist in ihren Hauptströmungen keineswegs atheistisch.*

⁷ So die berühmte, gleichnamige Schrift Gotthold Ephraim Lessings aus dem Jahre 1780.

⁸ So die V. These der Barmer Theologischen Erklärung von 1934.

⁹ „Das rechte Wort zur rechten Zeit“ – *Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) von 2008.*

Erstveröffentlichung dieses Artikels in: Politik und Religion. Der Papst in Deutschland (Buchbesprechung siehe Evangelisches Leserforum auf Seite 16)



Thomas Rachel MdB

ist Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)



Der systematische Theologe Prof. Dr. Jürgen Moltmann zusammen mit (v.l.n.r.) Prof. Dr. Wolfgang Merbach, Mitglied des neugewählten EAK-Bundesvorstandes und Moderator des Theologischen Abendgesprächs der 48. EAK-Bundestagung, sowie Prof. Dr. Jürgen Augustin (Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung)

Die Erde bebauen und bewahren

| Prof. Dr. Jürgen Moltmann

Es gibt einen alten, etwas hinterlistigen Witz. Zwei Planeten begegnen sich im Weltall. Fragt der Eine: „Wie geht es Dir?“ Antwortet der Andere: „Es geht mir ziemlich schlecht. Ich bin krank. Ich habe homo sapiens“. Sagt der Eine: „Das tut mir leid. Das ist schlimm. Ich habe das auch gehabt. Aber tröste dich, es geht vorüber“.

Das ist die planetarische Perspektive auf die Menschheit: Geht diese menschliche Planetenkrankheit vorüber, weil das Menschengeschlecht sich selbst abschafft, oder geht sie vorüber, weil das Menschengeschlecht weise wird und die

Wunden heilt, die sie dem Planeten Erde bis heute zufügt?

Ich will die Punkte benennen, an denen m. E. das Menschengeschlecht umkehren muss, wenn es nicht aussterben soll, sondern überleben will.

1. Die Umkehr von der Mitte der Welt zur kosmischen Integration oder: von der Hybris der Weltherrschaft zur kosmischen Demut

Bevor Menschen die Erde „bebauen und bewahren“ und Schöpfungsverantwortung übernehmen, sorgt die Erde für

die günstigen Lebensbedingungen des Menschengeschlechts und bewahrt uns bis heute. Nicht uns ist die Erde anvertraut, wir sind der Erde anvertraut. Die Erde kann ohne uns Menschen leben und hat es Millionen von Jahren getan; aber wir können nicht ohne die Erde leben.

Nach der modernen Lesart der biblischen Schöpfungsgeschichte ist der Mensch die Krone der Schöpfung. Der Mensch ist zum Bild Gottes geschaffen und zur Herrschaft über die Erde und alle Erdgeschöpfe bestimmt. Nach dem ersten Schöpfungsbericht soll der Mensch wie ein Pharao seine Feinde sich die Erde „untertan machen“; nach dem zweiten

Schöpfungsbericht soll er wie ein Gärtner den Garten Eden bebauen und bewahren. In beiden Texten ist der Mensch das Subjekt und die Erde sein Objekt. Am Beginn der modernen Welt versprach in Folge Francis Bacon: Die Machtergreifung des Menschen über die Natur durch Wissenschaft und Technik werde seine Gottebenbildlichkeit wiederherstellen. Rene Descartes wollte gar den Menschen durch Wissenschaft und Technik zum „Herrn und Eigentümer der Natur“ machen. Dieser „Gotteskomplex“ hat den modernen Menschen von der Natur entfremdet und gewalttätig gegenüber der Erde gemacht.

Nach der ökologischen Lesart derselben Urgeschichten ist der Mensch das letzte Geschöpf Gottes und damit das abhängigste. Der Mensch ist für sein Leben auf die Existenz der Tiere, der Bäume und Pflanzen, der Erde, des Wassers und der Luft, des Lichts der Tages- und Jahreszeiten angewiesen. Es gibt ihn nur, weil es alle anderen Geschöpfe gibt. Sie alle können ohne den Menschen leben, aber wir nicht ohne sie. Also ist der Mensch kein Herrscher oder einsamer Gärtner gegenüber der Natur, sondern ist mit seinem Leben und seiner Verantwortung in die große Schöpfungsgemeinschaft eingebettet. Wer sind wir? Wir sind „Erde vom Acker“ (Gen 2, 7). Bevor wir die Erde bebauen und bewahren, wissen wir: „Von Erde bist du genommen, zur Erde sollst du wieder werden“. Der Mensch ist in seiner Eigenart und mit seiner Bestimmung „ein Teil der Natur“. Also steht uns keine Hybris im modernen Machbarkeitswahn zu, sondern nur eine kosmische Demut. Unsere Menschwerdung liegt heute darin, dass wir aus „stolzen und unglücklichen Göttern“ (Luther) zu Menschen werden, die ihre Angewiesenheit auf andere Geschöpfe und diese Erde sowie Verwundbarkeit und ihre Sterblichkeit akzeptieren und sich in die Schöpfungsgemeinschaft integrieren. Man muss nicht alles machen, was man

machen kann. Man kann sich auch zurücknehmen, um die Natur wachsen zu lassen.

2. Umwelt – Mitwelt – Natur

Als 1972 der Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ veröffentlichte, kam das ökologische Wort von der Umwelt auf, die es zu schützen gilt. Es wurden Umweltpfarrer berufen und Umweltministerien eingerichtet. Das Umweltbewusstsein wurde in Deutschland öffentlich. „Umweltbewusst“ trennen wir sorgfältig unseren Hausmüll. Großprojekte müssen auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft werden. Aber stimmt dieses Weltbild: Wir Menschen in der Mitte und der Rest der Welt unsere Umwelt? Ist die Natur, in der wir leben, nicht auch die Umwelt für zehntausend andere Lebewesen? Sehen wir die Natur nur als unsere menschliche Umwelt an, dann haben wir die moderne Naturentfremdung noch nicht überwunden. Je länger man dieses Menschenbild der „Umwelt“ bedenkt, um so rücksichtsloser und gewalttätiger kommt es einem vor. Nichts zerstört Natur so sehr, wie ihre Reduktion auf unsere menschliche Umwelt.

Darum haben Ende der 70er Jahre viele vorgeschlagen, statt von Umwelt von Mitwelt zu sprechen. Ein Erfolg dieser Wendung ist das deutsche Tierschutzgesetz von 1986, das die Tiere als „Mitgeschöpfe“ bezeichnet und sie damit aus der Herrschaft des Menschen herausnimmt und ihre eigene Würde anerkennt. Menschen sind mit ihren natürlichen Mitgeschöpfen naturgeschichtlich verwandt. Suchen wir also die Bewahrung unserer Umwelt, müssen wir sie als unsere Mitwelt respektieren und ihren Eigenwert anerkennen.

„Mitwelt“ ist jedoch eigentlich nur ein Kunstbegriff, um von der Umwelt zur Natur zu gelangen. Ich bin dafür, zu dem alten und allen verständlichen Begriff der Natur sowohl in der Wahrnehmung

wie normativ zurückzukehren. Nicht der Mensch ist das Maß aller Dinge, die Natur ist es. Daraus folgt von selbst, wie es die Earthcharta von Rio de Janeiro 1992 formuliert:

„Jede Lebensform ist einzigartig und hat unabhängig von ihrem Wert für den Menschen Anspruch auf Achtung“.

Wir haben damals auch eine Staatszielbestimmung vorgeschlagen, die in die Verfassung aufzunehmen ist:

„Die natürliche Welt steht unter dem besonderen Schutz der Regierung. Der Staat schützt sie vor Ausbeutung und Zerstörung durch den Menschen um ihrer selbst willen“.

Sehen wir so, dann bekommt das Wort „Landes“regierung einen neuen Sinn.

3. Fortschritt und Kreislauf

Seit spätestens 1972 wissen wir, dass es natürliche Grenzen des Wachstums gibt, aber immer noch messen wir den Fortschritt der Wirtschaft nach ihrem quantitativen Wachstum; in diesem Jahr etwa 2,8 %. Warum? Das System der Konkurrenz zwingt uns dazu, zu wachsen, zu expandieren und zu globalisieren. Es ist ein Wachstum auf dem Parameter der linearen Zeit: Mehr produzieren – mehr konsumieren. Auf dieser Zeitlinie gewinnt man Zukunft und lässt Vergangenheit hinter sich. Wirtschaftlich heißt das: Wir gewinnen die Rohstoffe der Natur und lassen unseren Abfall hinter uns in der Natur zurück. Aber diese Vergangenheit vergeht nicht, sondern geht mit uns. Nichts, das man „weg“ wirft, ist weg. Es bleibt irgendwo und kehrt wieder, besonders der Atommüll bleibt auf Jahrtausende. Wir sind heute dabei, dieses moderne Konzept der linearen Zeit durch das ökologische Konzept der zyklischen Zeit zu ersetzen. Je seltener die „seltenen Erden“ und je teurer die Rohstoffe werden, desto mehr werden wir die Müllhalden der Vergangenheit als Zukunftsressourcen der Wirtschaft entdecken. Wir lernen von der Natur der Erde den lebensförderlichen Sinn der Kreisläufe. Der Energieverbrauch wird auf „erneuerbare Energien“ umgestellt. Die verachtete Abfallwirtschaft ist nicht mehr die „Ökonomie der Armen“, sondern wird zur renommierten Recycling economy. Das Bundesgesetz des deutschen Abfallrechts heißt mit Recht: „Kreislaufwirtschafts und Abfallgesetz“ (seit 7. Oktober 1996 in Kraft). Man kann Industrieprodukte auch so herstellen, dass ihre wertvollen Teile umgehend wieder verwendet werden können. (Über die perfekte Kreislaufwirtschaft: William McDonough: Die nächste industrielle Revolution. Die Cradle-to-Cradle-Community; Hamburg 2008). Verbrauchsgüter



können vollständig biologisch abgebaut werden; Gebrauchsgüter können vollständig wieder verwendet werden.

Die Erde bewegt sich in Kreisläufen. Alles Leben regeneriert in der Zeit seine Kräfte. Je mehr wir in Kreisläufen denken, desto mehr entsprechen wir der Natur. Die kosmische Zeit ist Wiederholung. Die Zeit des Lebens ist Wiedergeburt. Der Kreis ist das zeitliche Abbild der Ewigkeit.

4. Schöpfungsethik ist Sabbatethik Sabbatethik ist Ethik der Erneuerung des Lebens

Die biblische Schöpfungsgeschichte wird im großen Sabbat des Schöpfers vollendet. Durch seine Ruhe segnet Gott seine Schöpfung. In diesem Fest werden alle Geschöpfe gemeinsam lebendig und stellen sich in ihrer Schönheit dar.

Am jüdischen Sabbat und am christlichen Sonntag sollen Menschen und Tiere zur Ruhe kommen. In der Ruhe liegt die Kraft und die Regeneration der Lebenskräfte. Für den Menschen ist der arbeitsfreie Tag nicht nur der eigenen Ruhe

gewidmet, sondern auch dem Nichteingreifen in die Natur. An diesem Tag sieht man die Natur nicht im Interesse der Arbeit an, sondern sieht ihre Schönheit als Gottes Schöpfung. Das Interesse am Nutzwert der Natur tritt zurück, man sieht die Natur in ihrem Eigenwert.

Dem wöchentlichen Sabbat folgte nach 7 Jahren das Sabbatjahr. Das ist der „Sabbat der Erde“. Im siebten Jahr soll das Land brach liegen, um seine fruchtbaren Kräfte zu regenerieren. In meiner Jugend wurde in Norddeutschland noch das Brachlandprinzip angewendet. Wir konnten auf den brach liegenden Feldern spielen, viele Blumen und kleine Tiere kehrten zurück.

Der jüdische „Sabbat der Erde“ war die biblisch anerkannte „Religion der Erde“. Fruchtbarkeitsgötter wurden in Israel nicht mehr verehrt, aber die Regenerationskräfte der Erde wurden respektiert, wenn die Erde „Gott ihren großen Sabbat feiert“. Es wird im Frieden leben, wer den Sabbat der Erde respektiert. Wer ihn missachtet und die Erde zur Dauerfruchtbarkeit verdammt, wird das Land

verlassen müssen, damit sich das Land erholen kann. Heute wird das Land durch chemische und genetische Mittel zur Dauerfruchtbarkeit gezwungen. Die Wüsten wachsen. Es wird Zeit, das Recht des Landes auf Regeneration wieder zu achten. Es ist ausgesprochen dumm, um kurzfristiger Gewinne willen die Lebenskräfte der Erde langfristig zu zerstören.

Die Menschheit wird lernen: entweder durch Einsicht oder durch Katastrophen. Ich bin für das Lernen durch Einsicht, aber ein britischer Politiker sagte mir nach diesem Schlusswort einmal: Ein paar kleinere Katastrophen könnten helfen. Hoffentlich! Die Zeit drängt!



Prof. Dr. Jürgen Moltmann
ist emeritierter Professor für Systematische Theologie an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen.

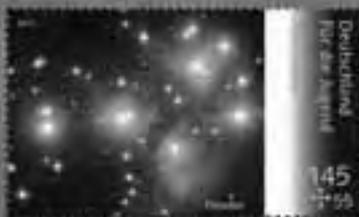
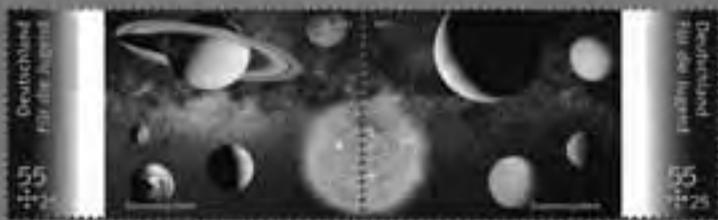
Jugendmarken 2011

Seit 1965 fördert die Stiftung Deutsche Jugendmarke e. V. mit den Zuschlägen aus dem Verkauf der Sonderpostwertzeichen »Für die Jugend« Projekte aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Mit den Mitteln können insbesondere die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe viele notwendige Vorhaben durchführen. Damit wird unseren Kindern und Jugendlichen geholfen und ihnen bessere Entwicklungs- und Lebenschancen gegeben. Die Sonderpostwertzeichen mit den Zuschlägen »Für die Jugend« ermöglichen bedarfsorientierte und praxis-

nahe Hilfen bei aktuellen Problemen der Jugendhilfe. Ihre Wirkung wird durch sichtbare Erfolge deutlich – fordern Sie den aktuellen Jahresbericht 2010 bei der

Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V.
Rochusstraße 8-10, 53123 Bonn
www.jugendmarke.de

an und informieren Sie sich über die Projekte, die mit den Zuschlägen aus dem Verkauf der Jugendmarken im vergangenen Jahr ermöglicht werden konnten.



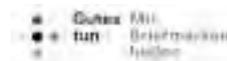
Die Jugendmarken 2011 sind vom 11. August bis zum 30. November 2011 an allen Postschaltern und bis auf Weiteres bei der Deutschen Post AG, Niederlassung Philatelie in 92628 Weiden erhältlich. Nähere Informationen und philatelistische Angebote unter www.jugendmarke.de.

Verlangen Sie am Postschalter ausdrücklich

Jugendmarken



STIFTUNG DEUTSCHE
JUGENDMARKE e.V.



BESTELLUNG

Die Bestellung erfolgt ausschließlich per Vorkasse auf folgendes Konto:
Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. • Konto-Nr. 190 111 7083 •
Sparkasse KölnBonn BLZ 370 501 98

PRODUKT	ANZAHL	PREIS
ERSTTAGSBRIEFE 2011		
Ersttagsstempel: Bonn	<input type="text"/>	€ 7,00
Ersttagsstempel: Berlin	<input type="text"/>	€ 7,00
ERINNERUNGSKARTEN 2011		
Ersttagsstempel: Bonn	<input type="text"/>	€ 7,00
Ersttagsstempel: Berlin	<input type="text"/>	€ 7,00
MARKENSATZ 2011	<input type="text"/>	€ 4,25
ZEHNERBÖGEN 2011		
„Pferdekopfnebel“	<input type="text"/>	€ 6,50
„Sonnensystem“ (Zusammendruck)	<input type="text"/>	€ 8,00
„Plejaden“	<input type="text"/>	€ 20,00

Lieferanschrift

Name

Anschrift

Telefon

E-Mail

VERSANDKOSTEN:

Deutschland: Brief bei einem Warenwert bis € 24,99: € 1,45; Einschreiben-Einwurf, obligatorisch ab € 25,00 Warenwert: € 3,05
Europa: Brief: € 3,40; Einschreiben, obligatorisch ab € 25,00 Warenwert: € 5,45;
Versandkosten außerhalb Europas bitte anfragen.

Aktuelle Fragen der Organspende

Transplantationsmedizin zwischen Fortschritt und Organknappheit

| Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Eckhard Nagel

Fragen der Spende und Vermittlung von Organen berühren fundamentale medizinische, ethische und rechtliche Facetten des gesellschaftlichen Zusammenlebens. In Deutschland sterben jeden Tag drei Patienten auf der Warteliste, für die nicht rechtzeitig ein Organ gefunden werden kann. Vor diesem Hintergrund der bestehenden Organknappheit in Deutschland wird neben verschiedenen Maßnahmen zur Prävention und Verringerung der Transplantationsnotwendigkeit auch über die Erhöhung des Spenderorganaufkommens als wichtigem Ansatzpunkt diskutiert. Dem seit 1997 geltenden Transplantationsgesetz kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Auch der Deutsche Ethikrat hat im Rahmen des Bioethik-Forums erneut die Frage aufgeworfen, inwiefern der Staat von seinen Bürgern eine Äußerungspflicht verlangen kann. Der folgende Beitrag versucht, die verschiedenen Aspekte der Transplantationsmedizin aus medizinischer und ethisch-rechtlicher Perspektive zu beleuchten.

Transplantationsmedizin zwischen Fortschritt und Organknappheit

Bereits im 19. Jahrhundert wurde insbesondere die Übertragung von Gewebe, v.a. der Haut, systematisch erforscht. Die erste Transplantation einer menschlichen Leichenniere wurde 1936 vom ukrainischen Chirurg Voronoy durchgeführt, jedoch überlebte die Patientin nur wenige Tage und das Spenderorgan funktionierte zu keinem Zeitpunkt.¹ Nach dem zweiten Weltkrieg knüpft die Forschung an diese Vorarbeiten an. Dabei schaffte die Forschung über Immuntoleranz und Gewebeüber-einstimmung die Grundlage für die erste erfolgreiche Nierentransplantation am Menschen, die 1954 am Bent Brigham Hospital in Boston durchgeführt wurde. Im Jahr 1963 führte Wilhelm Brosig in Deutschland erstmals eine erfolgreiche Lebendspende zwischen Mutter und Tochter durch.² Diese Erkenntnisse aus dem Bereich der Nierentransplantation ebneten in darauf folgenden Jahren den Weg für die Transplantation weiterer

Aufgrund des Mangels an Spenderorganen starben allein in Deutschland im Jahr 2009 ca. 1.000 Menschen, die auf der Warteliste standen und nicht rechtzeitig ein Organ erhielten.

Organe, wie z.B. Herz, Lunge, Leber oder Pankreas.³

Nicht beherrschbare Abstoßungsreaktionen blieben aber weiterhin das Grundproblem der Transplantationsmedizin, da adäquate Methoden der Unterdrückung der Immunantwort nach wie vor fehlten. Die nicht zufrieden stellenden klinischen Ergebnisse führten dazu, dass die Transplantationsmedizin anfangs der 1970er Jahre stagnierte.⁴ Durch die Entdeckung des Cyclosporin A gelang mit dessen klinischer Einführung im Jahr 1981 ein Durchbruch. Durch dieses Immunsuppressivum können Abstoßungsreaktionen erheblich reduziert und die Transplantatüberlebensraten deutlich verlängert werden.⁵

Die Transplantation von Spenderorganen gilt heute als sogenannter Goldstandard bei schwerwiegender Erkrankung einzelner Organe. So sind alleine in Deutschland von 1963 bis 2010 über 100.000 Organe transplantiert worden.⁶

Aber seit Beginn der Transplantationsmedizin als reguläre Versorgungsaufgabe besteht nicht nur in Deutschland ein absoluter Mangel an Spenderorganen. Damit einher geht eine häufig existentiell bedrohliche Situation für die betroffenen Patienten, denen durch eine Organübertragung geholfen werden könnte. Aufgrund des Mangels an Spenderorganen starben allein in Deutschland im Jahr 2009 circa 1.000 Menschen, die auf der Warteliste standen und nicht rechtzeitig ein Organ erhielten.^{7,8}

Organspende in Deutschland

Seit Beginn der Transplantationsmedizin als reguläre Versorgungsaufgabe wurde nach geeigneten Strategien gesucht, den persistierenden Organmangel zu verringern. Die Erhöhung des Spenderorganaufkommens war und ist dabei der zentrale Ansatzpunkt. In einer repräsentativen Umfrage der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) waren im Jahr 2010 beispielsweise 74% der Befragten grundsätzlich damit einverstanden, nach ihrem



Einladung

des Evangelischen Arbeitskreises

an alle evangelischen Delegierten des
24. CDU-Parteitags in Leipzig:

Zum Delegiertentreffen

am Sonntag, 13.11. 2011,
18.00 – 19.30 Uhr

im NH-Hotel Leipzig Messe,
Fuggerstraße 2, 04158 Leipzig.

Tod Organe und Gewebe zu spenden. Gleichzeitig hatten weniger als 25% der Befragten einen Organspendeausweis. Die Hälfte aller Befragten fühlte sich eher schlecht über das Thema Organ- und Gewebespende informiert.⁹

Vor diesem Hintergrund wird in Deutschland immer wieder über eine Änderung der gesetzlichen Regelungen zur Organspende diskutiert. Nach §§ 3 und 4 des Transplantationsgesetzes kann die Entnahme von Organen und Geweben bei toten

Spendern in Deutschland entweder mit direkter Einwilligung des Spenders, z. B. durch einen Organspendeausweis erfolgen und/oder über die Zustimmung von nächsten Angehörigen, die dann verpflichtet sind, den mutmaßlichen Willen des Organ- bzw. Gewebespenders zu berücksichtigen. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit der Entnahme von Organen und Geweben bei lebenden Spendern. Der Spender muss nach § 8 TPG hierbei volljährig und entsprechend aufgeklärt sein. Voraussetzung für die Lebendspende ist zudem eine positive ärztliche Beurteilung. Außerdem ist sie nur zulässig, wenn zum jeweiligen Zeitpunkt kein Spenderorgan eines verstorbenen Spenders zur Verfügung steht und eine enge persönliche Beziehung zwischen Spender und Empfänger vorliegt.

Die sogenannte erweiterte Zustimmungslösung wird häufig als Ursache dafür vermutet, dass das Spenderorganaufkommen in Deutschland im Vergleich zu europäischen Ländern mit Widerspruchslösung geringer ist.

So hat auch der Nationale Ethikrat in seiner Stellungnahme „Die Zahl der Organspenden erhöhen – Zu einem drängenden Problem der Transplantationsmedizin

in Deutschland“ ein Stufenmodell vorgeschlagen, das bei der postmortalen Organentnahme eine Erklärungsregelung mit einer Widerspruchsregelung verbindet. Danach werden Bürger zu einer persönlichen Erklärung aufgefordert, einer Organspende (gegebenenfalls bezogen auf bestimmte Organe) zuzustimmen oder aber ihr zu widersprechen. Des Weiteren werden sie darüber informiert, dass die Organentnahme bei unterbliebener Erklärung gesetzlich erlaubt ist, sofern die Angehörigen ihr nicht widersprechen.¹⁰

Aktuelle Entwicklungen zeigen, dass das Thema auch in der parlamentarischen Diskussion angekommen ist. Der Bundestag hat sich bereits im Januar 2011 mit einer möglichen Neuregelung der Organspende befasst. Ende Juni fand eine Anhörung des Gesundheitsausschusses zum Thema „Ethische und rechtliche Aspekte von Organspenden“ statt.

Hier wurden die unterschiedlichen Modelle für die 2012 geplante Neuregelung des Transplantationsgesetzes diskutiert. Während in einigen Kreisen votiert wird, eine Widerspruchslösung wie in anderen europäischen Ländern, Spanien oder Österreich, einzuführen, gibt es den Vorschlag, generell eine Volksbefragung durchzuführen. Das

am intensivsten diskutierte Modell beschäftigt sich aber mit der sogenannten „Entscheidungs-
lösung“.

Diese beinhaltet, dass jeder erwachsene Bundesbürger sich für oder gegen eine mögliche Organspende erklärt. Die momentan in Deutschland herrschende erweiterte Zustimmungslösung ist darauf angelegt, dass Angehörige im Todesfall gefragt werden müssen und damit auch eine Antwort geben müssen, sei sie nun positiv oder negativ. Wenn für Betroffene eine Äußerungspflicht bestünde, würde von jedem selbst eine solche Entscheidung abverlangt. Die Experten der Anhörung haben diese Lösung favorisiert. Hierzu bedarf es allerdings auch noch Überlegungen hinsichtlich der möglichen organisatorischen Umsetzung. Zum Beispiel

musste gewährleistet sein, dass jemand wirklich ausreichend informieren kann. Bisher sind die Krankenkassen

gesetzlich dazu verpflichtet, ausreichend über den Bereich der Organspende zu unterrichten. Hier gibt es aber deutliche Defizite, die auch im jetzigen Gesetz so nicht akzeptiert werden können.

Ausgangspunkt jeder Diskussion muss der Grundsatz sein, dass die Regelung der Organentnahme dem Prinzip der Freiwilligkeit folgt: Organspende muss eine Gabe bleiben, zu der man weder

rechtlich noch moralisch genötigt werden kann. Eingriffe in den Bereich des Selbstbestimmungsrechts, wie sie eine Erklärungslösung mit der Aufforderung zu einer persönlichen Entscheidung vorsieht, berücksichtigen diesen Grundsatz und sind damit prinzipiell auch aus verfassungsrechtlicher Sicht vertretbar. Aus ethischer Sicht kann eine solche Pflicht zur Erklärung ebenfalls begründet werden. Dabei kommt der Freiwilligkeit, auch im Sinne der Information, eine ganz besondere Rolle zu. Die Organspende kann prinzipiell als ein Akt der Solidarität und Nächstenliebe angesehen werden, der Menschenleben rettet. Dabei meint eine Erklärungslösung nicht Zustimmung, sondern die Festlegung auf den persönlichen Standpunkt. Eine generelle Pflicht zur Organspende ließe sich dagegen nicht rechtfertigen.

Ethische Aspekte der Organspende

Die Feststellung des eindeutigen Todes eines möglichen Spenders ist eine der zentralen Voraussetzungen für die Transplantationsmedizin. Grundlage hierfür bilden die Regeln zur Feststellung des Hirntodes. Der Hirntod ist der vollständige irreversible Ausfall aller Hirnfunktionen.

Allerdings lässt sich die Bestimmung des Todes nicht auf technisch-medizinische Erkenntnisse reduzieren. Es spielen immer kulturelle, religiöse und soziale Faktoren eine Rolle, die das Verständnis des Todes oder Sterbeprozesses prägen.

Der Hirntod als Tod des Menschen geht zurück auf einschlägige Erkenntnisse, die an der Harvard Medical School in Boston, USA im Jahr 1968 erstmals publiziert wurden. Dabei handelt es sich beim Hirntod um den „Zustand der irreversibel erloschenen Gesamtfunktion des Großhirns, des Kleinhirns und des Hirnstamms“. So wurde es auch vom wissenschaftlichen Beirat der Bundesärztekammer in Deutschland festgehalten. Im Rahmen der Definitionsaufgabe des Transplantationsgesetzes wurde 1997 durch alle medizinisch-naturwissenschaftlichen Fachgesellschaften in der Bundesrepublik festgestellt, dass „mit dem Hirntod [...] naturwissenschaftlich-medizinisch der Tod des Menschen festgestellt“ werden kann.¹¹

Damit verbunden ist die Aussage, dass es sich um ein sicheres Todeszeichen handelt und ein irreversibler Eintritt des Todes auch medizinisch festgestellt werden kann. Dies ist strittig bei der reinen Herztod-Diagnose, so dass in Deutschland eine Organentnahme von Menschen, deren Herztod festgestellt

Organspende muss eine Gabe bleiben, zu der man weder rechtlich noch moralisch genötigt werden kann.

worden ist, nicht erlaubt ist. Sogenannte „non heart-beating donors“ sind aber nach den gesetzlichen Bestimmungen in Österreich, Belgien und den Niederlanden möglich. Dies hat zur Folge, dass über die europäische Organverteilungszentrale in Leiden Organe, die Verstorbenen nach einem Herz-Kreislauf-Stillstand entnommen wurden, nicht nach Deutschland vermittelt werden dürfen.¹²

Der Bedarf an postmortalen Organspenden übertrifft heute die realisierten Spenden bei weitem. Viele Patienten mit terminalem Organversagen verlassen sich folglich nicht länger nur auf die Warteliste: sie wenden sich auch an den Ehemann/die Ehefrau, andere Angehörige oder Freunde im Ringen um eine Organspende. Die Lebendspende ist eine medizinisch akzeptable Alternative, da Fortschritte in der Immunsuppression die Notwendigkeit einer absoluten genetischen Übereinstimmung zwischen Spender und Empfänger zum Zwecke einer erfolgreichen Transplantation beseitigt haben. Ungeachtet dessen, ist ein Lebendspender eine gesunde Person, an der im Prinzip keine Operation unter ethischen Gesichtspunkten durchgeführt werden darf, die ihn gefährdet. Um diese Problematik, die mit dem Nichtschadensprinzip zusammenhängt adäquat zu behandeln, ist die Freiwilligkeit der Entscheidung in allen Belangen – insbesondere auch im Hinblick auf mögliche Abhängigkeiten zum Transplantationspatienten – Grundvoraussetzung für einen solchen Eingriff. Daneben gilt nach wie vor die Nachrangigkeit einer Lebendspende vor einer postmortalen Organspende. Die Tatsache, dass zu wenige Organe vorhanden sind, lässt diesen Aspekt allerdings in den Hintergrund treten.

Auch für die freiwillige Entscheidung zur Organspende gilt die „Goldene Regel“, in der Jesus das Gebot für die Nächstenliebe zusammenfasst: Alles, was ihr von den anderen erwartet, das tut auch ihnen (Mt 7,12). Dies richtet unseren Blick auf das, was wir von den anderen erwarten würden, wenn wir ihrer Hilfe bedürften.

Diese ethische Grundregel bewährt sich in allen ethischen Entscheidungskonflikten. Gerade weil wechselseitige Hilfe, Uneigennützigkeit und Großzügigkeit moralisch von höherem Wert als reine Tauschbeziehungen sind, kann uns diese Idee dazu anleiten, den persönlichen Einsatz auf die konkrete Not des Nächsten auszurichten. Die Entscheidung zur Organspende bewegt sich somit immer in einem Spannungsfeld zwischen der Freiheit des Einzelnen und der Verantwortung der Gesellschaft.

Fazit

In der aktuellen Diskussion um die Grenzen der Transplantationsmedizin, die sich insbesondere auf einen Mangel an Organen bezieht, könnte die Schlussfolgerung geknüpft werden, die Transplantationsmedizin habe sich in den letzten Jahren aufgrund ihres eigenen Erfolges eingeholt und ist somit an Grenzen gestoßen. Diese Sichtweise setzt jedoch voraus, dass prinzipiell niemals genügend Organe zur Verfügung stehen würden, um allen auch nach heutigen Indikationsregeln potenziellen Empfängern ein geeignetes Spenderorgan in einer akzeptablen Zeit zu vermitteln. Dem gegenüber ist festzuhalten, dass nach allen Erkenntnissen der modernen medizinischen Versorgung

gerade in hochentwickelten Gesundheitssystemen so viele Menschen einem schwerwiegenden Leiden auf einer Intensivstation im Rahmen eines Hirntodes erliegen, dass deutlich mehr Organe gespendet werden können als heute realisiert. Insofern stellt sich die Frage immer neu, worin der Mangel im Hinblick auf die Spendebereitschaft begründet ist. Sicher ist gerade eine grundlegende Tabuisierung und Sorge im Hinblick auf den persönlichen Tod mit ausschlaggebend für die Nichtbeschäftigung mit diesem Thema. Des Weiteren fehlt es an einer ausreichenden innerärztlichen Wahrnehmung des Problems, die sich speziell durch eine mangelnde Kooperationsbereitschaft auf diesem Gebiet erkennen lässt. Der Deutsche Ärztetag und die Bundesärztekammer haben dies bereits im Jahr 2007 anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Transplantationsgesetzes in den Mittelpunkt ihrer Auseinandersetzung mit diesem Thema gestellt. Daher erscheint die ausschließliche Fokussierung der aktuellen Debatte auf die Fragen der Zustimmung- vs. Widerspruchslösung nicht ausreichend. Vielmehr muss hinterfragt werden, warum sich die Bevölkerung nicht in ausreichendem Maße und in einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung mit diesem Thema auseinandersetzt. Hier scheint die Erklärungslösung ein „Königsweg“, weil er die individuelle mit der gesellschaftlichen Verantwortung in ganz besonderer Weise verbindet. Vor diesem Hintergrund wäre eine entsprechende gesetzliche Regelung, die es im Einzelnen auszubuchstabieren gilt, sowohl für Patienten auf der Warteliste, aber vor allem für die Gesellschaft als Ganzes ein großer Fortschritt. Dieser Fortschritt würde insbesondere auch betroffene Angehörige entlasten, die in

einer ihrer schwersten Lebenssituationen Entscheidungen treffen sollen, mit denen sie sich in aller Regel vorher niemals beschäftigt haben. Auch hier bedarf es in Annahme der schweren Situation für die Angehörigen eines Lösungsschrittes, der mit der Erklärungslösung erfolgen könnte.

¹ Vgl. Schlich, T (1998): *Die Erfindung der Organtransplantation*. Frankfurt u.a.: Campus, S. 7–10.

² Vgl. Achilles, M (2004): *Lebendspende-Nierentransplantation*. Berlin u. a.: LIT Verlag, S. 99.

³ Vgl. Walter, J/Burdelski, M/Bröring, DC (2008): *Chancen und Risiken der Leber-Lebendspende-Transplantation*. In: *Deutsches Ärzteblatt*, 105(6), S. A101–A107; Lehmkühl, H/Hetzer, R (2006): *Herztransplantation*. In: Krukemeyer, M/Lison, A (Hrsg.): *Transplantationsmedizin*. Berlin u. a.: Gruyter, S. 123–148.

⁴ Vgl. Schüttler, J (2003): *50 Jahre Deutsche Gesellschaft für Anästhesiologie und Intensivmedizin. Tradition und Innovation*. Berlin u.a.: Springer, S. 218–219.

⁵ Vgl. Doxiadis, I/Smits, J/Persijn, G et al. (2004): *It takes six to boogie: Allocating cadaver kidneys in Eurotransplant*. In: *Transplantation*, 77(4), S. 615–617.

⁶ Vgl. DSO (2010): *Organtransplantationen seit 1963*. URL: <http://dso.de/grafiken/g27.html> [Zuletzt abgerufen am 22.03.2011].

⁷ Vgl. Eurotransplant (2010): *Annual Report 2009*. URL: http://www.eurotransplant.org/files/annual_report/ar_2009.pdf, S. 41 [Zuletzt abgerufen am 23.03.2011].

⁸ Diese Zahl erhöht sich zudem, wenn auch diejenigen Patienten berücksichtigt werden, die wegen ihres schlechten Gesundheitszustands von der Warteliste genommen werden mussten. Vgl. Alber (2011): *Priorisierung in der Medizin. Stakeholderpräferenzen bei der Allokation knapper Spenderorgane*. Bayreuth: PCO, S. 13.

⁹ Vgl. Bzga (2010): *Repräsentativbefragung: Wissen, Einstellung und Verhalten der Allgemeinbevölkerung zur Organspende (Auszug)*. URL: <http://www.dso.de/pdf/bzga2010.pdf> [Zuletzt abgerufen am 26.03.2011].

¹⁰ Vgl. Nationaler Ethikrat (2007): URL: http://www.ethikrat.org/dateien/pdf/Stellungnahme_Organmangel.pdf, S. 53 [Zuletzt abgerufen am 23.03.2011].

¹¹ Vgl. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesärztekammer (1998): *Richtlinien zur Feststellung des Hirntodes. Dritte Fortschreibung 1997*. In: *Deutsches Ärzteblatt*, 95, (30), S. A1861–1868.

¹² Vgl. Bundesärztekammer (1998): *Organentnahme nach Herzstillstand („Non heart-beating donor“)*. In: *Deutsches Ärzteblatt*, 95(50), S. A3235.



Prof. Dr. Dr. Dr. h.c.

Eckhard Nagel

ist Mitglied des Deutschen Ethikrates. Er gehört dem Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages an und war 2010 Evang. Präsident des 2. ÖKT in München.



Edition Chrismon:
**Und Gott chillte:
Die Bibel in Kurznachrichten.**
Hansisches Druck- und Verlagshaus GmbH
Frankfurt am Main 2009
ISBN 978-3-86921-012-4
Broschiert, 336 Seiten, 9,90 EUR

„Am siebten Tag war Gott fertig mit seinem Kreativ-Projekt, fand das Ergebnis genial und beschloss ab jetzt zu chillen.“ So lautet 1. Mose 2, 1–3 neu formuliert in der „Bibel in Kurznachrichten“. Das Portal evangelisch.de hatte rund um den Evangelischen Kirchentag 2009 dazu aufgerufen, die gesamte Bibel in eigenen Worten umzuschreiben. Die Beteiligung war enorm – in nur zehn Tagen entstand eine neue, sehr originelle Version der Heiligen Schrift. Auf 332 Seiten ist die Bibel in Kurznachrichten im typischen Twitter-Stil erschienen; kurz, prägnant und in geläufiger Sprache. Jede Geschichte umfasst nicht mehr als 140 Zeichen. Schon das Titelbild in iPhone-Aufmachung lädt besonders junge Menschen zum Lesen ein. „Das nenne ich doch mal ein innovatives Projekt: Protestanten twittern die Bibel“, kommentierte der Journalist Roland Grün die Aktion. Vorgestellt wird hier keine neue Bibel, sondern das Ergebnis der persönlichen Auseinandersetzung vieler Menschen mit einer Bibelstelle. (Julia Henriette Bräuer)

Empfehlung ★★★★★



Joseph Ratzinger Benedikt XVI.:
**Jesus von Nazareth. Zweiter Teil: Vom
Einzug in Jerusalem bis zur Auferstehung.**
Herder Verlag GmbH
Freiburg im Breisgau 2011
ISBN 978-3-451-32999-9
Gebunden mit Schutzumschlag und Zeichen-
bändern, 366 Seiten, 22,00 EUR

Wie auch schon im ersten Teil bleibt Papst Benedikt XVI. alias Joseph Ratzinger seiner eigentümlichen Methode des „Hinschauens und Hinhörens auf den Jesus der Evangelien“ und somit der Suche nach dem „realen Jesus“ (S. 13) und nicht nur dem vermeintlich „historischen“ treu. Dies alles geht – angesichts der vielfältigen und für den Durchschnittsleser durchaus anspruchsvollen Bezüge zur historisch-kritischen Exegese und theologischen Hermeneutik – jedoch nicht auf Kosten der allgemeinen Verständlichkeit. Über weite Passagen des Buches hinweg hat man fast das Gefühl, an einer großen, tiefgründigen Meditation, Homilie oder Predigt teilzuhaben, die auch manch Anregendes aus jahrhundertalten Auslegungstraditionen (Kirchenväter und Alte Kirche) gleichsam organisch und ungekünstelt aufzunehmen versteht. Die behutsame und einfühlsame Diktion und das persönliche Glaubenszeugnis des Autors bilden eine anregende Mischung. Bedingt durch den ja im Wesentlichen neutestamentlichen Schwerpunkt atmet die Darstellung eine ökumenische Weite, die auch für den protestantischen Leser viel Inspirierendes bereithält.

Empfehlung ★★★★★



Martin Kruse:
**Es kam immer anders:
Erinnerungen eines Bischofs.**
Verlag Kreuz
Auff./Jahr: 2. Aufl. 2010
ISBN 978-3-7831-3411-7
Gebunden, 380 Seiten, 19,95 EUR

Der ehemalige Ratsvorsitzende der EKD und Altbischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg hat sich - nach vielen Jahren des sich Sträubens gegen eine Selbstbiographie – zum Glück umstimmen lassen. Entgegen dem Diktum Karl Barths, jede „Selbstbiographie“ sei letztlich ein „fragwürdiges Unternehmen“, ist man dankbar, dass ein persönlich so beeindruckender Mensch, Bischof und Theologe wie Martin Kruse hier inkonsequent geworden ist und man – gewissermaßen als „spätgeborener“ Zeitgenosse – noch einen tieferen Einblick in ein reiches und bewegtes Leben bekommen kann. Martin Kruses Erinnerungen, die den bezeichnenden Titel „Es kam immer anders“ tragen, handeln u.a. von Kindheit und Jugend im Krieg, Studium und Vikariat, Bischofswahl und prägenden Berliner Jahren, Deutscher Teilung und Friedlicher Revolution, Wiedervereinigung und kirchlichen Umbruchsprozessen. Interessant ist beispielsweise das Zeugnis, das Kruse dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Altbundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker, ausstellt, mit dem er stets eng verbunden war oder die völlig uneitle, gelassene, und eben fromme Art, mit der er seine Lebensgeschichte betrachtet: „Wir haben unsere Geschichte nicht in der Hand. Wir durchschauen sie nicht, weder unsere eigene, noch die Weltgeschichte. Sie behält ihr Geheimnis. Aber dass sie sich dem Willen Gottes verdankt und in seinem Heilswillen ihr Ziel hat, das gehört zum Kernbestand des christlichen Glaubens.“ – Unbedingt lesenswert!

Empfehlung ★★★★★



Hans-Gert Pöttering (Hrsg.):
**Politik und Religion:
Der Papst in Deutschland.**
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Sankt Augustin/Berlin 2011
ISBN 978-3-942275-27-4
Broschiert, 168 Seiten

Dieser Band, anlässlich des Papstbesuches von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben, versammelt viele neue und interessante Beiträge, u.a. von Günter Beckstein, Hermann Gröhe, Christine Lieberknecht, Günter Nooke, Thomas Rachel, Annette Schavan und Norbert Lammert. Möge das Buch dazu beitragen, wie es Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Geleitwort schreibt, „den Geist der Gemeinsamkeit im Konfessionellen wie im Politischen und Gesellschaftlichen weiterhin zu stärken.“

Empfehlung ★★★★★

EAK Bremen: Perspektiven des interreligiösen Dialogs

Um „Perspektiven des interreligiösen Dialogs“ ging es bei der Auftaktveranstaltung des neugegründeten Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Bremen. Im Willehadsaal der katholischen St. Johannis-Schule diskutierten Vertreterinnen und Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche, der jüdischen Gemeinde und des Islam mit gut 80 Gästen darüber, wie das Gespräch zwischen den Religionen in Deutschland gefördert werden kann.

Der **Schriftführer der Bremischen Evangelischen Kirche, Pastor Renke Brahms**, nannte fünf Punkte, die ihm beim interreligiösen Dialog wichtig sind: Erstens warnte er davor, das Gespräch zwischen den Religionen auf Konflikte zu verengen. Die gebe es zwar auch, aber sie dürften nicht den Blick auf Fortschritte in der Verständigung verstellen. Zweitens sollte immer zwischen Religion und dem Missbrauch von Religion unterschieden werden. Häufig werde Religion für politische Ziele instrumentalisiert. Drittens müsse klargestellt werden, dass es in allen Religionen das Phänomen des Fundamentalismus gebe, keineswegs nur im Islam. Als vierten Punkt forderte Brahms eine stärkere Debatte über wirklich theologische Fragen, die heute oft hinter eher gesellschaftspolitischen Fragen zurückträten. Und fünftens stellte der oberste theologische Repräsentant der Bremer Protestanten klar, dass es zum interreligiösen Dialog und zur Begegnung zwischen Menschen mit verschiedenen Religionen keine Alternative gebe.

Für die katholische Kirche war **Dr. Peter Hünseler** nach Bremen gekommen, der in Frankfurt die Arbeitsstelle der Deutschen Bischofskonferenz für christlich-islamische Begegnung (CIBEDO) leitet. Für ihn ist der interreligiöse Dialog eines der großen Zukunftsthemen in Deutschland, da durch die demographische Entwicklung die Zuwanderung zunehmen werde. Die Kirchen forderte er auf, sich stärker an der Debatte über Integration zu beteiligen und warnte vor scharfmacherischen Tönen. Er begrüßte, dass es in allen Bistümern und Landeskirchen Islambeauftragte gebe



v.l.n.r.: Dr. Peter Hünseler, Dr. Ali Ihsan Ünlü, Elisabeth Motschmann, Elvira Noa, Renke Brahms

und sich beide Kirchen für islamischen Religionsunterricht von in Deutschland ausgebildeten Lehrern und für das Recht auf angemessene Moscheebauten einsetzen. Hünseler mahnte aber auch einen Dialog über strittige Fragen an, wie zum Beispiel die Gleichwertigkeit der Geschlechter, die Religionsfreiheit in islamischen Ländern, den Kopftuchstreit und das Verhältnis zur Gewalt.

Nach Meinung von **Elvira Noa, Leiterin der jüdischen Gemeinde in Bremen**, hätten die christlichen Kirchen über Jahrhunderte erheblich zur Verfolgung der Juden beigetragen. Auch heute gebe es Antisemitismus und die jüdischen Gemeinden müssten sich vor Übergriffen schützen. Noa bedauerte, dass viele Kinder in Bremen keinen Religionsunterricht hätten, deshalb wenig über Religionen wüssten und so anfälliger seien für Vorurteile. Sie begrüßte, dass der Islam in Bremen immer präsenter werde. Ein Problem sah sie in der Vermengung von religiösen und politischen Fragen, die zum Beispiel im Nahostkonflikt begründet seien. Sie hob hervor, dass es Fundamentalisten auch unter den Israelis gebe. Mit der Situation in Bremen zeigte sich Noa zufrieden: hier gebe es ein gutes Miteinander der Religionen.

Dr. Ali Ihsan Ünlü war für die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DİTİB) nach Bremen gekommen. Der Arzt unterschied zwei Phasen des interreligiösen Dialogs: In der ersten Phase vom Auftreten des Propheten

Mohammed bis zum Zweiten Weltkrieg sei es Juden und Christen schwer gefallen, den Islam zu würdigen, weil für sie die biblische Offenbarung bereits abgeschlossen gewesen sei. In der zweiten Phase seit dem zweiten Weltkrieg, insbesondere seit dem zweiten Vatikanischen Konzil, sei der Dialog besser geworden. Allerdings herrsche besonders in Deutschland große Unkenntnis über den Islam. Ünlü kritisierte, dass Probleme der Integration oft mit dem Islam in Verbindung gebracht würden. Er rief dazu auf, religionsübergreifende Freundschaften zu pflegen und offen und ehrlich miteinander zu sprechen.

In der anschließenden Diskussion, war man sich einig: Das Gespräch zwischen den Religionen dürfe nicht auf Fragen der inneren Sicherheit und der Integration reduziert werden. Gleichzeitig forderten Teilnehmer, dass sich islamische Würdenträger klar von jeder Form von Gewalt, insbesondere von Selbstmordattentaten, distanzieren und sich stärker für die freie Religionsausübung von Juden und Christen in islamischen Ländern einsetzen sollten.

Die Vorsitzende des EAK Bremen, Elisabeth Motschmann, die zu der Veranstaltung eingeladen hatte, zeigte sich zufrieden: Nur durch die Begegnung zwischen Menschen könnten Brücken der Verständigung zwischen den Religionen gebaut werden. Diskussionsveranstaltungen wie die des Evangelischen Arbeitskreises seien dabei wichtige Schritte auf dem noch langen Weg.

Unterstützung für das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel

Der griechisch-orthodoxe **Metropolit Augoustinos** von Deutschland sowie eine Delegation des **Ordens zum Heiligen Andreas** aus den Vereinigten Staaten wurden vom Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU und Parlamentarischen Staatssekretär der Bundesregierung im Bundesforschungsministerium, **Thomas Rachel MdB**, empfangen. Dieser Orden besteht aus den höchsten Laienwürdenträgern des Ökumenischen Patriarchats von

Konstantinopel, die in den Vereinigten Staaten leben. Der Nationalkommandeur des Ordens, **Dr. Anthony J. Limberakis**, schilderte Thomas Rachel die nicht akzeptable Situation der Christen im allgemeinen sowie die bedrückende Situation der orthodoxen Christen im besonderen in der Türkei. Vor dem ersten Weltkrieg betrug der Anteil der Christen innerhalb der Grenzen der heutigen Türkei noch rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung, ca. 20 Prozent gehörten zu den Gemeinden des Ökumenischen Patriarchats.

Heute gehören nur noch wenige tausende der orthodoxen Christen zu den Gemeinden des Ökumenischen Patriarchats.

Der EAK-Bundesvorsitzende sprach das drängende Problem der christlichen Kirchen in der Türkei an, dass nämlich ihre Institutionen nicht als juristische Personen anerkannt werden. Infolgedessen dürfen die Gemeinden keine Immobilien besitzen. Als vollkommen inakzeptabel bezeichneten Metropolit Augoustinos, Anthony Limberakis sowie Thomas Rachel die Tatsache, dass die Türkei das griechisch-orthodoxe Priesterseminar Chalki seit 1971 geschlossen hat. „Wer die Ausbildung von Geistlichen nicht zulässt, nimmt der Kirche ihre zukünftige Generation“, kritisierte Thomas Rachel. Die Türkei müsse umgehend diese Politik ändern.

Die Vertreter des Ordens zum Heiligen Andreas sind weltweit tätig, um das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel zu unterstützen und Religionsfreiheit auch in der Türkei einzufordern.



Für Religionsfreiheit in der Türkei setzen sich gemeinsam der griechisch-orthodoxe Metropolit Augoustinos von Deutschland, die Delegation zur Unterstützung für das Ökumenische Patriarchat aus den USA sowie der EAK-Bundesvorsitzende Thomas Rachel MdB ein.

Einladung zur Landestagung des EAK Baden-Württemberg 2011



Staat und Kirche vor neuen Herausforderungen

Samstag, **12. November 2011** in Tübingen,
Gemeindehaus „Lamm“ – Am Markt 7, Beginn: 10:00 Uhr

Mit Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz, MdB und
Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof

Im Anschluss an die Mittagspause findet ein **Gottesdienst** in der Stiftskirche mit Pfarrer Dr. Paul-Gerhard Roller statt.
Eine **Mitgliederversammlung mit Delegiertenwahlen** folgt ab 15:00 Uhr. **Antragsfrist: 21. Oktober 2011**

Anmeldung und Rückfragen:

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU – Landesverband Baden-Württemberg,
Landesgeschäftsstelle: Hasenbergstraße 49 b, 70176 Stuttgart
Telefon (0711) 66 90 40 / Telefax (0711) 66 90 415 /E-Mail: zdena.sura@cdu-bw.de

EAK Lahn-Dill: Gedenken an verfolgte Christen

Im zweiten Jahr hat die EKD am Sonntag Reminiscere („Gedenke“) 2011 zur Fürbitte für bedrängte und verfolgte Christen in der Welt aufgerufen. Eine vom Bundes-EAK initiierte Aktion nahm der **EAK-Kreisverband Lahn-Dill** in Mittelhessen zum Anlass, an diesem Tag zu einer Veranstaltung mit Zeitzeugen aus dem Sudan, China und der Koptischen Kirche einzuladen. Gemeinsam mit dem **Evangeliums-Rundfunk**, der **Evangelischen Allianz Wetzlar** und dem **Christlichen Medienverbund KEP** hatte der EAK in den großen Saal des ERF in Wetzlar geladen. Über 200 Besucher folgten der Einladung, darunter auch die örtliche CDU-Bundestagsabgeordnete **Sibylle Pfeiffer MdB**, entwicklungspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag. Prominentester Gast war der koptische **Bischof Annbar Damian**, der über die Lage der koptischen Christen in Ägypten berichtete. Bischof Damian erläuterte, dass es heute nur noch eine Minderheit von Christen in Ägypten gebe, die schwerer Bedrängnis ausgesetzt sei. Seit 1972 habe es 275 Angriffe auf Kopten gegeben, doch kein einziger Täter sei dafür bestraft worden, da das islamische Recht solche Übergriffe nicht unter Strafe stelle. Noch im Januar sei eine koptische Kirche mit staatlicher Unterstützung abgerissen und an derselben Stelle eine Moschee errichtet worden. Damian zeigte sich sehr dankbar für den Besuch des Unions-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, **Volker Kauder MdB**, nach dem Anschlag in Ägypten und für die Unterstützung, die **Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB** den Christen in Ägypten in einer

Botschaft gewährt hatte. Der Bischof forderte, die Entwicklungshilfe an die Einhaltung von Menschenrechten zu koppeln, und betonte, dass sich die koptische Kirche für die Religionsfreiheit generell einsetze: „Wir werden unsere Stimme auch dann erheben, wenn Moslems Unrecht geschieht.“

Der Sudanese **Simon Deng** berichtete von der brutalen Verfolgung, die Christen im Sudan erleben mussten. Millionen von Christen seien zwangsweise islamisiert worden, sieben Millionen Christen vertrieben worden. Er selbst sei im Alter von neun Jahren verschleppt und versklavt worden. Er habe dreieinhalb Jahre als Sklave unter unmenschlichen Bedingungen leben müssen. Wegen der permanenten Christenverfolgung hätten 99,5% der Einwohner des Südsudan für eine Abtrennung von dem islamischen Norden gestimmt.

Auch der chinesische **Pastor Yun** berichtete, dass er immer wieder verhaftet und gefoltert worden sei.

Der CDU-Kreisvorsitzende **Hans-Jürgen Irmer MdL** rief dazu auf, die hohe Zahl verfolgter Christen in islamischen und kommunistischen Ländern weiterhin zum Anlass zu nehmen, die Stimme für die Religionsfreiheit zu erheben. Irmer forderte die islamischen Verbände in Deutschland dazu auf, dafür einzutreten, dass Christen in ihren Heimatländern die gleichen Rechte erhalten, wie sie Muslimen in Deutschland gewährt werden. Dies sei ein wichtiger Schritt zur Integration.



Blick ins Auditorium, 1. Reihe Bischof Damian, daneben Simon Deng (Sudan)

Impressum

Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Herausgeber

Thomas Rachel,
Hans-Michael Bender, Dieter Hackler,
Norbert Kartmann, Christine Lieberknecht,
Christian Schmidt

Redaktion

Patricia Romanowsky, Johanna Schulze,
Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070-432, Fax: 030/22070-436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducsu.de

Konto Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,
Konto-Nr. 266 098 300

Autoren

Günter Nooke
Thomas Rachel MdB
Prof. Dr. Jürgen Moltmann
Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Eckhard Nagel

Alle Autoren erreichen Sie über die
EAK-Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Evangelisches Leserforum:
Christian Meißner, Julia Henriette Bräuer

Druck Druckerei Conrad

Gestaltungskonzeption/Realisation

Agenur kollundkollegen., Berlin

Fotonachweis

Titel und S.6 © Günter Nooke;
S. 3 © istockphoto/EdStock;
S. 7 © Osservatore Romano;
S. 10 und 11 © Joachim Wolf;
S. 12 © Jürgen Moltmann;
S. 13 © istockphoto/spinetta;
S. 15 © Eckhard Nagel
S. 17 © Dr. Martina Höhns;
S. 18 © Bundesministerium für Bildung und
Forschung (BMBF);
S. 19 © Eckhard Nickig

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber. Papier: 100 % chlorfrei

*„Denn wer Gottes Willen tut,
der ist mein Bruder und meine Schwester
und meine Mutter“ (Mk 3,35)*

In der DDR gab es einen Witz, der auch im „Westen“ sehr bekannt wurde. Frage: „Warum ist die Sowjetunion der große Bruder der DDR und nicht nur der große Freund?“ Antwort: „Freunde kann man sich aussuchen, Verwandte nicht!“ Treffend wurde so auf humorvolle Weise deutlich, wie die quasi als unauflöslich erachtete Beziehung zum Besetzerland gesehen wurde. Einigermaßen irritierend ist, wie distanziert Jesus über seine eigenen familiären Wurzeln sprechen kann. Dies widerspricht zunächst dem, was wir alltäglich erfahren: Blutsbande und primäre Familienbindungen gehören zu den stärksten und prägendsten Impulsen in unserem Leben, positiv wie negativ.

Aber gerade vor dem Hintergrund dieses Sachverhaltes wählt Jesus bewusst als Gegenbild die himmlische Familienbande, die familia Dei. Sie tritt in kritische Distanz zum vermeintlich natürlich-biologischen Automatismus der menschlichen Blutsbande. Offensichtlich will er damit die lebensförderlichen Momente des familiären Verbandes beibehalten, sie aber aus der Perspektive des Himmelreiches in ein neues Licht rücken und auf geistliche Weise neu qualifizieren. Anteil am Himmelreich bekommt nur derjenige, der dazu bereit ist, auch die scheinbar unauflöslichsten irdischen Bindungen zugunsten des Willens Gottes zu relativieren, und wenn nötig, ganz aufzugeben. – Was für ein Impuls für unser Nachdenken über das Dauer-Thema „Familie“!

Christian Meißner

Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU

